



Grosser Stadtrat der Stadt Schaffhausen

PROTOKOLL

Sitzung Nr. 9
Dienstag, 5. Juli 2011
18:04 - 20:41 Uhr
Grossratssaal der Rathauslaube
Genehmigt am: 23.08.2011

Vorsitz:	Edgar Zehnder	SVP
Protokoll:	Gabriele Behring	
Stimmzähler:	Gädi Distel Beat Steinacher	CVP SP
Anwesend:	Von total 36 Mitgliedern: Ratspräsident und 34 Mitglieder	
Entschuldigt: Ganze Sitzung:	SR Thomas Feurer Beat Brunner	Stadtpräsident SVP

TRAKTANDEN

- | | | |
|---|---|------------------|
| 1 | VdSR Orientierungsvorlage Agglomerationsprogramm Schaffhausen | Seite 234 |
| 2 | Postulat Andi Kunz (AL): Demokratie beginnt nicht erst mit 18. (Neue) Möglichkeiten der politischen Partizipation für Kinder und Jugendliche | Seite 247 |
| 3 | Motion Urs Tanner (SP): Mitteltransparenz bei Abstimmungen und Wahlen | Seite 258 |

PENDENTE GESCHÄFTE

17.12.2010	VdSR Sanierungsarbeiten Schulraum Zentrum	FK Bau
22.02.2011	VdSR Sanierung und Verkauf Marienstift, GB 714, Mühlenstrasse 87	GPK
01.03.2011	VdSR Strategie für die städtischen Restaurants	GPK
17.03.2011	Interpellation Till Hardmeier (JFSH): Haben wir die richtigen Leute im Baureferat?	
06.04.2011	Interpellation Walter Hotz (FDP): Zielorientierung und Visionen bei den Jahresgesprächen	
12.04.2011	Postulat Thomas Hauser (FDP): Vergrößerung der Pumpspeichieranlage Engeweiher und/oder Bau einer zweiten Anlage im Eschheimertal	
05.05.2011	Postulat Christa Flückiger (SP): Leere Dienstwohnungen in den Schulhäusern der Stadt Schaffhausen	
24.05.2011	Postulat Till Hardmeier (JFSH): Zusammenarbeit senkt Kosten und bringt Vorteile	
24.05.2011	Postulat Res Hauser (JFSH): Sponsoring soll vermehrt als Einnahmequelle genutzt werden	
07.06.2011	Postulat Josef Eugster (SVP): Anfrage beim Kanton für die Übertragung des städtischen Steuerwesens an den Kanton	
28.06.2011	VdSR betreffend Erhöhung des Betriebsbeitrags an die KSS Sport- und Freizeitanlagen gestützt auf Ziff. 7.2 der Leistungsvereinbarung vom 1. Januar 2009 zwischen der Stadt Schaffhausen und der KSS Sport- und Freizeitanlagen	

KLEINE ANFRAGEN 2011:

- Walter Hotz (FDP):
Marketing Ziele und grundlegende Museumsstrategie der Stadt Schaffhausen, Eingang 18. April 2011
- Christa Flückiger (SP):
Zukunftsperspektiven für die Schulen der Stadt Schaffhausen
Eingang 18. Mai 2011
- Dr. Cornelia Stamm Hurter/Hermann Schlatter (SVP):
Aufwertung der Poststelle 8204 Schaffhausen/Breite, behindertengerechter Zugang zu städtischen Liegenschaften, Eingang 24. Mai 2011
- Andres Bächtold (SP):
Sozial- und ökologisch nachhaltiges Beschaffungswesen, Eingang 4. Juli 2011

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

**Traktandum 1 Orientierungsvorlage des Stadtrats vom 30. November 2011:
Agglomerationsprogramm Schaffhausen**

Der Grosse Stadtrat heisst in der Schlussabstimmung die Orientierungsvorlage des Stadtrats vom 30. November 2010 und die Anträge mit den von der Fachkommission Bau, Planung, Verkehr, Umwelt und Sicherheit vorgeschlagenen Änderungen vom 28. März 2011 mit 28 : 0 Stimmen wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Orientierungsvorlage des Stadtrates vom 30. November 2010 betreffend Agglomerationsprogramm Schaffhausen und vom Antrag der Fachkommission Bau, Planung, Verkehr, Umwelt und Sicherheit vom 28. März 2011.
2. Er beauftragt den Stadtrat, die erforderlichen Vorlagen für die Umsetzung der in der Orientierungsvorlage enthaltenen Massnahmen auszuarbeiten und dem Grossen Stadtrat als Vorlage oder auf dem Budgetweg zu unterbreiten.
3. Der Stadtrat informiert die Fachkommission Bau jährlich rechtzeitig vor der Budgetdebatte über Projektierungen und Umsetzungen, welche auf dem Budgetweg beschlossen werden sollen.

**Traktandum 2 Postulat Andi Kunz (AL) vom 22. Februar 2011:
Demokratie beginnt nicht erst mit 18. (Neue) Möglichkeiten
der politischen Partizipation für Kinder und Jugendliche**

Das Postulat wird von Andi Kunz (AL) begründet, von SR Jeanette Storrer in Stellvertretung von Stadtpräsident Thomas Feurer beantwortet und im Rat diskutiert.

Der Grosse Stadtrat erklärt das Postulat mit 19 : 14 Stimmen nicht erheblich.

**Traktandum 3 Motion Urs Tanner (SP) vom 9. März 2011:
Mitteltransparenz bei Abstimmungen und Wahlen**

Die Motion wird von Urs Tanner (SP) begründet, von SR Peter Käppler in Stellvertretung von Stadtpräsident Thomas Feurer beantwortet und im Rat diskutiert.

Der Grosse Stadtrat erklärt die Motion mit 20 : 14 Stimmen nicht erheblich.

BEGRÜSSUNG

Der **Ratspräsident, Edgar Zehnder (SVP)**, eröffnet die Sitzung Nr. 9 vom 5. Juli 2011 mit der Begrüssung der Ratsmitglieder, der Frau Stadträtin und der Herren Stadträte sowie der Medienberichterstatter.

Die Ratsmitglieder haben erhalten, bzw. auf den Pulten liegt auf:

- VdSR vom 28. Juni 2011 betreffend Erhöhung des Betriebsbeitrags an die KSS Sport- und Freizeitanlagen gestützt auf Ziff. 7.2 der Leistungsvereinbarung vom 1. Januar 2009 zwischen der Stadt Schaffhausen und der KSS Sport- und Freizeitanlagen
- Antwort des Stadtrats vom 5. Juli 2011 auf die Kleine Anfrage von Christine Thommen (FDP): Frauenanteil im Kader der städtischen Verwaltung
- Kleine Anfrage von Andres Bächtold (SP): Sozial- und ökologisch nachhaltiges Beschaffungswesen, Eingang 4. Juli 2011
- Bericht und Antrag der Fachkommission Bau vom 28. März 2011 zur VdSR Orientierungsvorlage Agglomerationsprogramm Schaffhausen

PROTOKOLL

Das Protokoll der Sitzung Nr. 8 vom 23. Juni 2011 wurde vom Büro geprüft und genehmigt. Es liegt bei der Ratssekretärin auf dem Kanzleitisch zur Einsicht auf. Sofern keine Änderungsanträge ans Büro gestellt werden, gilt das Protokoll als definitiv genehmigt.

Persönliche Erklärung von Josef Eugster (SVP) zu Parkplatzverordnung der Stadt Schaffhausen, Vernehmlassungsverfahren 2011:

„Das Vernehmlassungsverfahren mit Eingabedatum 30. Juni 2011 hat bereits schon einiges an Staub aufgewirbelt, teilweise nachvollziehbar und begründet. Erstaunlicherweise wollen in Zukunft die Baubehörde und der Stadtrat die Gestaltung, die Anordnung und die Anzahl der Parkplätze auf privatem Grundstück bestimmen und festlegen. Gut zu halten ist, dass wir von einem *Vernehmlassungsentwurf* sprechen, somit ist die Kritik nur bedingt angebracht. Was für mich jedoch störend wirkt, ist, dass wichtige Institutionen wie Hauseigentümergeverband oder TCS nicht in das Vernehmlassungsverfahren einbezogen wurden. Ich möchte im Sinne der Sache beantragen, dass der Stadtrat die Frist für das Vernehmlassungsverfahren bis zum 31. August 2011 verlängert und die vorerwähnten Verbände Hauseigentümer und TCS mit einbezieht.

Ich habe noch eine Unterlassung zu melden: Der Tätigkeitsbericht der Etawatt liegt vor, ist aber leider bei mir im Büro liegen geblieben. Er wird entweder von Markus Brüschi im nächsten Versand an das Parlament verschickt oder nach den Sommerferien im Rat aufgelegt.“

SR Peter Käppler:

„Ich erlaube mir eine kurze Klarstellung zur persönlichen Erklärung von Josef Eugster. Es wurde gesagt, dass nicht alle Institutionen zur Vernehmlassung der städtischen Parkplatzverordnung eingeladen wurden. Dem ist nicht so, wir haben heute Abend eine Klarstellung verfasst und den Medien zugestellt. Die Fehlinformation erfolgte in einem journalistischen Artikel einer grösseren Schaffhauser Tageszeitung; leider wurde vor der Veröffentlichung keine Rücksprache mit dem Stadtrat genommen. Wie ist das Vernehmlassungsverfahren abgelaufen? An der Sitzung der städtischen Planungskommission vom 5. Mai 2011

wurde das Vernehmlassungsverfahren zur neuen städtischen Parkplatzverordnung eröffnet. Alle in der Kommission vertretenen Organisationen wurden zur Vernehmlassung eingeladen. In der Planungskommission sind die Quartiervereine sowie Interessengruppen aus allen Bereichen der Gesellschaft vertreten, das heisst der Hauseigentümergeverband des Kantons Schaffhausen wie auch der Gewerbeverband der Stadt Schaffhausen und der TCS sind Mitglieder in diesem, vom Stadtrat gewählten Gremium, das die Mitwirkung in Planungsgeschäften sicher stellt. Die Vernehmlassungsunterlagen wurden den anwesenden Vertretern der Planungskommission persönlich übergeben. Am 7. Juni 2011 wurden alle 33 Mitglieder der Planungskommission mit dem Protokoll der Sitzung vom 5. Mai 2011 erneut auf das Vernehmlassungsverfahren per Email hingewiesen. Um die breite Öffentlichkeit zu informieren, wurde am 5. Mai 2011 auch eine Medienmitteilung zur Revision der Parkplatzverordnung publiziert, mit Angabe von Kontaktadressen. Die Vernehmlassungsfrist wird bis Ende August 2011 verlängert, so dass diejenigen Verbände, die nicht reagiert haben, eine weitere Möglichkeit zur Stellungnahme haben. Wir haben grosses Interesse, alle relevanten Verbände einzubeziehen, und wir werden bei einer nächsten Vernehmlassung auf das kostensparende Verteilen der Unterlagen verzichten und diese den Verbänden direkt zustellen, weil bei einzelnen Verbänden der Weg ins Sekretariat anscheinend nicht geklappt hat. Dies zu Ihrer Information. “

Dr. Raphaël Rohner (FDP):

”Wir sollten bei einem ordentlichen Vernehmlassungsverfahren erwarten können, dass nicht auf inoffiziellem Weg über einzelne Vertretungen Personen eingeladen werden, die Unterlagen ihren Verbänden weiterzuleiten. Der städtische Gewerbeverband hat auch keine Einladung erhalten, ich habe dies schwarz auf weiss vorliegen. Ich erwarte vom Stadtrat, beziehungsweise vom Baureferat, dass sämtliche Verbände, von denen man bisher noch keine Antwort erhalten hat, offiziell nochmals angeschrieben werden. Die Angelegenheit ist tatsächlich sehr brisant, und wenn wir keinen Scherbenhaufen wollen, ist das Baureferat gehalten, dies jetzt zu tun. Es war ein unübliches Vorgehen, in Zukunft sollten vermehrte Transparenz und vor allem ein Einhalten der Verfahrensregeln verlangt werden können. “

Urs Tanner (SP):

”Als das Baureferat in bürgerlicher Hand war, das waren ein paar Jahrzehnte, habe ich nie eine kommunale Vernehmlassung mitmachen dürfen. Wo gibt es mehr Transparenz wie bei einer Vernehmlassung, wo vor einer Vorlage eine “Kropfleerete” stattfindet? Hier zu rügen, ist an der falschen Stelle gerügt. “

TRAKTANDEN

Die Traktandenliste für die heutige Sitzung wurde dem Parlament rechtzeitig zugestellt. Es erfolgen keine Änderungsanträge.

**Traktandum 1 VdSR Orientierungsvorlage Agglomerationsprogramm
Schaffhausen**

Katrin Bernath (OeBS)

Bericht aus der FK Bau

”Die Vorlage Agglomerationsprogramm Schaffhausen umfasst ein umfangreiches Bündel an Massnahmen zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur. Die Entstehung und die Zielsetzungen des Agglomerationsprogramms sowie die von der Stadt

mitzufinanzierenden Massnahmen sind in der Vorlage ausführlich beschrieben. Ich werde mich hier auf einige wichtige Punkte daraus beschränken und anschliessend über die Diskussionen in der Fachkommission Bau berichten, in der wir die Vorlage in den Sitzungen vom 3. und 28. März beraten haben.

Da es sich um eine Orientierungsvorlage handelt, geht es heute um die generelle Stossrichtung und das Programm als Ganzes. Zur Umsetzung der einzelnen Massnahmen mit Federführung bei der Stadt Schaffhausen werden separate Vorlagen erarbeitet oder die Mittel über den Budgetweg beantragt. Zu den Zielen der Vorlage: Mit dem Agglomerationsprogramm Schaffhausen werden wichtige Weichen für die Entwicklung der Stadt und der Region gestellt.

Mit den vorgeschlagenen Massnahmen sollen das Verkehrssystem verbessert, aber auch Fortschritte bezüglich Raumentwicklung und Umweltqualität erzielt werden. Das bedeutet, dass die im Rahmen der Wohnraumentwicklung angestrebte Bevölkerungs- und Siedlungsentwicklung mit der Verkehrsinfrastruktur abzustimmen ist. Ein zentrales Ziel des in enger Zusammenarbeit von Kanton und Gemeinden erarbeiteten Programms ist, dass die Hälfte des erwarteten Mehrverkehrs in den kommenden Jahren durch den öffentlichen Verkehr übernommen werden soll. Dazu sollen die bestehenden Infrastrukturen optimiert und ausgebaut werden und die Siedlungsentwicklung nach Innen erfolgen. Weitere Ziele sind die Optimierung des Fuss- und Velonetzes für den Kurzstreckenverkehr und die Aufwertung der Stadt- und Ortszentren.

Wichtige Grundlagen für die ganzheitliche Planung der Siedlungs- und Verkehrsentwicklung in der Stadt wurden bereits mit dem Gesamtverkehrskonzept erarbeitet. Eine Reihe von daraus abgeleiteten Massnahmen sollen nun mit dem Agglomerationsprogramm umgesetzt werden. Zum grössten Teil handelt es sich dabei um Infrastrukturmassnahmen. Diese werden ergänzt durch Nicht-Infrastrukturmassnahmen, wie beispielsweise die Festlegung von Entwicklungsschwerpunkten und Standorten für verkehrsentensive Einrichtungen, Parkplatzbewirtschaftung oder Mobilitätsmanagement.

Kosten und Finanzierung: Das in enger Zusammenarbeit von Kanton und Gemeinden erarbeitete Programm wurde vom Bund als gut bis sehr gut beurteilt. So übernimmt der Bund 40% der Investitionskosten der beitragsberechtigten Massnahmen. Die restlichen 60% werden zwischen dem Kanton und den betroffenen Gemeinden je zur Hälfte finanziert. Von den insgesamt CHF 135 Mio., die für die Realisierung aller vom Bund unterstützter Infrastrukturmassnahmen voranschlagt werden, entfallen CHF 21.4 Mio. auf die Stadt Schaffhausen. Davon ist gut ein Drittel für Massnahmen für den ÖV vorgesehen, über 40% für den motorisierten Individualverkehr und knapp ein Viertel für den Langsamverkehr. Zusätzlich fällt für die Stadt ein Kostenanteil von rund CHF 3 Mio. für drei Massnahmen an, die nicht vom Bund unterstützt werden. So ist bei der Umsetzung aller Massnahmen, an denen die Stadt beteiligt ist, gemäss den vorliegenden Schätzungen mit Kosten von rund CHF 24 Mio. zu rechnen. Allerdings sind dies grobe Planungswerte, da viele Projekte noch in einem frühen Stadium der Planung sind.

Die Massnahmen werden schrittweise realisiert und so verteilen sich die Kosten auf mehrere Jahre. Einzelne Projekte hingegen sind schon bereit zur Umsetzung und die entsprechenden Mittel wurden bereits mit dem Budget 2011 bewilligt, dies gilt für den Kreisel Rheinhardstrasse und die Aufweitung der Löwengässchen-Unterführung. Ein wichtiger Diskussionspunkt bei den Verhandlungen im Kantonsrat war die Frage der

Finanzkompetenzen. Gemäss dem Beschluss des Kantonsrates ist jeweils nur eine Volksabstimmung notwendig. Liegt die Projektverantwortung für ein Projekt beim Kanton, sollen die Gemeinden ohne kommunale Volkabstimmungen ihren Anteil übernehmen. Umgekehrt entfällt die kantonale Abstimmung bei Projekten unter Federführung der Stadt. Das bedeutet, dass für die Stadt rund CHF 7 Mio. der insgesamt CHF 21.4 Mio. als gebundene Ausgaben zu betrachten sind. Gegenüber der Aufstellung auf Seite 55 der Vorlage sind die Gesamtkosten gleich, der Anteil der gebundenen Kosten jedoch um CHF 2.21 Mio. höher. Siehe dazu auch verteilte Aufstellung. Grund dafür ist, dass die Federführung für die Aufwertung der Station Herblingen (Massnahme 16) gemäss Beschluss des Kantonsrats beim Kanton liegt. Mit dieser Änderung ist die Verantwortung für alle Projekte zum Ausbau der Bahninfrastruktur beim Kanton gebündelt.

Diskussion in der Kommission: Die Vorlage wurde in der Kommission grundsätzlich positiv beurteilt. Der Handlungsbedarf zur Optimierung der Verkehrsinfrastruktur in Abstimmung mit der Siedlungsentwicklung ist unumstritten. Generell wurde betont, dass jede einzelne Massnahme kritisch zu beurteilen ist und Kosten und Nutzen gegeneinander abzuwägen sind. Zudem wurde darauf hingewiesen, dass einige grundsätzliche Fragen, wie beispielsweise die Finanzkompetenzen oder Richtplanänderungen auf kantonaler Ebene geregelt werden.

Zu den einzelnen Massnahmen, an denen die Stadt mitbeteiligt ist, wurden erste Diskussionen geführt und anhand von Konsultativabstimmungen die Standpunkte im Hinblick auf die Ausarbeitung von separaten Vorlagen dargelegt. Da es sich um eine Orientierungsvorlage handelt, wurden die Massnahmen jedoch nicht im Detail diskutiert. Ich verzichte darauf, auf jede einzeln einzugehen und werde nur die wichtigsten Punkte der Diskussionen darlegen.

Bei den Nicht-Infrastrukturmassnahmen ist für die Stadt die Festlegung der Entwicklungsschwerpunkte Mühlental/Stahlggiesserei, Herblingental und Vordere Breite von Bedeutung, dies auch in Übereinstimmung mit der städtischen Wohnraumentwicklung. Ein weiteres wichtiges und - wie wir soeben gehört haben - brisantes Thema sind die Parkgebühren und die Parkraumbewirtschaftung. Hierzu wurde betont, dass ein städtischer Alleingang nicht sinnvoll und eine einheitliche Regelung in Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden anzustreben ist. Die Arbeiten zur Parkraumbewirtschaftung und die Revision der Parkplatzverordnung wurden bereits gestartet und werden hier sicher noch zu diskutieren geben.

Bei verschiedenen Infrastrukturmassnahmen wurde betont, dass die Planung auf die Siedlungsentwicklung abzustimmen ist und insbesondere Bezüge zu Grossprojekten wie die Veranstaltungshalle im Mühlental oder das Stadion im Herblingental zu berücksichtigen sind. Hier stehen noch einige offene Fragen im Raum. Im Zusammenhang mit dem Bau eines neuen Perrons am Gleis 6 wurde darauf hingewiesen, dass auch die Kapazitäten in den Unterführungen erhöht werden müssen. Lösungsvorschläge dazu sind von der Stadt und der SBB gemeinsam zu erarbeiten.

Die teuerste Massnahme auf Stadtgebiet, die Aufwertung und Verkehrsoptimierung im Bereich Adlerunterführung/Schwabentor, wird als wichtiges Projekt beurteilt. Damit sollen Engpässe für den motorisierten Verkehr beseitigt und gleichzeitig eine Verbesserung für den öffentlichen Verkehr und den Langsamverkehr erreicht werden; so wird dadurch auch der Zugang zu den Schulhäusern Gega und Bach verbessert. Es wurde betont, dass mit der gleichzeitigen Umnutzung des heute als

Parkplatz genutzten Brühlmann-Areals eine städtebaulich besonders wertvolle Entwicklung erreicht werden könnte. Allerdings gehört das Areal einer privaten Stiftung.

Intensiv diskutiert wurde die Massnahme 33, das Duraduct, das einerseits als eines der genialsten Projekte im Programm, aber andererseits auch als möglicher Stolperstein bezeichnet wurde. Dabei wurde der Zusammenhang mit der weiteren Entwicklung im Mühlental betont, wobei neben der Veranstaltungshalle auch der geplante Ausbau von Wohn- und Gewerbenutzungen zu deutlichen Veränderungen in diesem Gebiet führen wird. Die Kommission steht hinter dem Projekt, ist sich aber bewusst, dass es dazu noch intensive Informationen und Diskussionen geben wird.

Als einzige Massnahme nicht unterstützt wird der Ausbau des Velowegs Herblingertal. Die direkte Verbindung von der Stadt ins Herblingertal würde rund CHF 3 Mio. kosten, da die Brauerstrasse eine Privatstrasse ist und aufgrund der knappen Platzverhältnisse Gleisanlagen entfernt werden müssten. Die Kosten dafür wurden im Vergleich zum Nutzen als zu hoch beurteilt. Es wurde betont, dass eine günstigere Massnahme zu treffen ist, und es wichtiger sei, in Massnahmen zur Erhöhung der Sicherheit auf Velostrecken zu investieren.

Einige Fragen hat schliesslich der Fussgängersteg Herblingermarkt/S-Bahn-Station Herblingen ausgelöst. Es stellt sich die Frage, ob die Besucherinnen und Besucher des Einkaufszentrums tatsächlich mit dem ÖV anreisen. Neben dem Zugang zum Einkaufsquartier soll vor allem das Quartier besser erschlossen und mit dem geplanten Viertelstundentakt eine attraktive Alternative zur Busverbindung geboten werden. Das Projekt ist aber noch in einer frühen Planungsphase und bei der Konkretisierung werden noch einige Fragen zu klären sein.

Wie schon eingangs erwähnt, geht es heute nicht darum, alle einzelnen Massnahmen zu diskutieren. Diese Diskussionen werden bei einigen Projekten im Rahmen von separaten Vorlagen vertieft geführt werden. Dort, wo es keine separaten Vorlagen gibt, werden die Mittel über den Budgetweg beantragt.

Die Fachkommission Bau stellt den Antrag, dass sie vom Stadtrat jährlich rechtzeitig vor der Budgetdebatte über Projektierungen und Umsetzungen, welche auf dem Budgetweg beschlossen werden sollen, informiert wird. Der entsprechende Antrag 3 liegt Ihnen auf den verteilten Unterlagen vor. So empfiehlt Ihnen die Fachkommission Bau, Planung, Verkehr, Umwelt und Sicherheit einstimmig, die Vorlage zu unterstützen und den ergänzten Anträgen zuzustimmen.

OeBS/CVP/EVP-Fraktionserklärung:

Unsere Fraktion ist überzeugt, dass mit dem Agglomerationsprogramm ein wichtiger Beitrag für eine zukunftssträchtige Verkehrs- und Siedlungsentwicklung geleistet wird; sie wird deshalb den Anträgen vollumfänglich zustimmen. Der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur unter Berücksichtigung aller Verkehrsträger und die ergänzenden planerischen Massnahmen sind wegweisend für eine nachhaltige Entwicklung der Stadt. Bei der Umsetzung ist sicherlich jede einzelne Massnahme noch einmal kritisch zu prüfen. Dies darf aber nicht dazu führen, dass Einzelinteressen überhand nehmen. Die übergeordneten Ziele des Programms sind im Auge zu behalten, damit neben dem Verkehrssystem auch die Umweltqualität verbessert wird. So sind insbesondere auch Nicht-Infrastrukturmassnahmen zügig umzusetzen. Diese sind meistens sehr kostengünstig und setzen Anreize, das Verkehrsverhalten zu überdenken. Wir sollten angesichts der vielen

Infrastrukturprojekte die im städtischen Verkehrskonzept festgehaltenen strategischen Stossrichtungen nicht vergessen: Verkehr vermeiden, Verkehr verlagern, Verkehr umwelt- und sozialverträglich abwickeln, Verkehrssysteme finanzierbar gestalten. Besonders am Herzen liegen uns die Massnahmen für den Langsamverkehr, denn auf kurzen Wegen ist man mit dem Velo oder sogar zu Fuss oft schneller. Zudem bedeutet der Langsamverkehr mehr Lebensqualität nicht nur für diejenigen, die zu Fuss gehen oder mit dem Velo fahren und etwas für die Gesundheit tun, sondern auch für alle anderen, die weniger unter Lärm, Umweltbelastungen und verstopften Strassen zu leiden haben.

Ein spezielles Projekt, das auch in der Beurteilung durch den Bund als Leuchtturm hervorgehoben wurde, ist das Duraduct. Mit der Verbindung der Quartiere Breite und Geissberg ergeben sich neue Möglichkeiten, zum Beispiel bei der Schulraumplanung - ein neues Schulhaus im Geissbergquartier wäre sicher teurer als die Verbindung zum Schulhaus Breite. Die Verbindung mit einem Lift auf das Niveau der Altstadt wird zudem auch solche zum Velo-Glück bringen, die bisher die Steigung scheuten. Dadurch werden weniger Parkplätze belegt, und es werden auch diejenigen profitieren, die von auswärts mit dem Auto in die Stadt fahren. Das Beispiel Duraduct zeigt, wie durch eine Verkehrsinfrastrukturmassnahme viele direkte und indirekte Wirkungen erzielt werden können, nicht nur für den Verkehr, sondern für die gesamte Entwicklung der Stadt. So eröffnen sich neue Perspektiven und mit der gemeinsamen Umsetzung dieses für die Stadt und die Region bedeutenden Programms ermöglichen wir, dass Wachstum und Mehrverkehr ohne Beeinträchtigung der Lebensqualität bewältigt werden können. “

Thomas Hauser (FDP)

FDP-Fraktionserklärung

”Das Programm Agglomerationsverkehr Schaffhausen ist ein ausgeklügeltes Investitionsprogramm, finanziert durch Bund, Kantone und Gemeinden. Im Zentrum stehen dabei das kantonale „Gesetz über die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur“, das vor ein paar Wochen vom Kantonsrat mit einer Vierfünftel-Mehrheit angenommen wurde – und der Beschluss über die Bewilligung eines Rahmenkredits von rund CHF 46 Mio. für den Bau der S-Bahn Schaffhausen, über den am 25. September dieses Jahres im Kanton abgestimmt wird. Bei einer Annahme kommt da auch die Stadt finanziell mit den Bahnhöfen Herblingen und Schaffhausen und dem Ausbau des Busangebotes zum Handkuss. Aber diese S-Bahn, die vom Kantonsrat mit grosser Mehrheit dem Stimmvolk zur Annahme empfohlen wird, ist ein gewaltiger Gewinn für unsere Region, ein Gewinn aus siedlungs- und wirtschaftspolitischer Sicht. Aber darüber haben wir heute nicht zu befinden, sondern nur bei der kantonalen Abstimmung.

Wir müssen uns mit denjenigen Projekten befassen, bei denen die Stadt federführend ist. Diese Projekte passen eben ins ausgeklügelte Finanzierungssystem. Aus diesem Grund nehmen wir diesen Bericht im positiven Sinn zur Kenntnis; wobei das nicht eine absolute Carte blanche für alle Projekte ist; diese Vorhaben müssen dann jeweils verschiedenen Kriterien genügen und auf Entwicklungen abgestimmt sein. Das Projekt 36, der erwähnte Veloweg Herblingental, stösst in der aufgezeigten Form auch bei uns nicht auf Gegenliebe. Also fürs Erste sagen wir dem Stadtrat „ab die Post - ans Werk bitte“ und erarbeitet die Vorlagen, bevor die von Bund und Kanton versprochenen Gelder allenfalls nicht mehr zu finden sind, und zum Zweiten danken wir von der FDP-Fraktion allen, die das Programm Agglomerationsverkehr ausgearbeitet haben und beim Bund mit der Bestnote, oder mit einem 40% Beitragssatz, bedacht wurden. “

Daniel Preisig (JSVP)

Bürgerlich-liberale Fraktionserklärung

Ich freue mich, Ihnen die Fraktionserklärung der bürgerlich-liberalen Fraktion verlesen zu dürfen.

Einleitung, Wesen des Agglomerationsprogrammes, undemokratische Finanzierung: Das Agglomerationsprogramm ist eine regelrechte Ideenmaschine. Es herrscht Aufbruchstimmung, und man könnte sagen: Endlich geht mal etwas.

Gleichzeitig muss man aber auch feststellen, dass die Verwaltung vor lauter Bundesbeiträgen offenbar in einen regelrechten Ausgabenrausch verfallen ist. Es ist fast wie Shopping zu Ausverkaufszeiten. Dank des Agglomerationsprogramms gibt es aus städtischer Sicht satte 70% Rabatt. Man kann investieren, muss aber nur für einen kleinen Teil der Kosten selber aufkommen. Da besteht natürlich die Gefahr, dass man vor lauter Rabatten gar nicht mehr genau genug hinschaut, ob eine Investition überhaupt sinnvoll ist oder nicht. Die Verwaltung hat – und das machen wir ihr übrigens nicht zum Vorwurf – einfach mal alle anstehenden Projektchen beim Agglomerationsprogramm angemeldet. Schliesslich kann man nur so die Bundesbeiträge abholen, sollte dann später das eine oder andere Projekt wirklich realisiert werden. Es liegt in der Natur der Sache, dass bei solchen Subventionsprogrammen im Zweifel eher ein Projekt mehr als eines weniger angemeldet wird. Umso wichtiger ist es dann, dass wir uns von den Bundesbeiträgen nicht zu stark blenden lassen und trotzdem bei jedem einzelnen Projekt eine seriöse Kosten-/Nutzenabwägung machen. Wir müssen uns bei jedem Projekt die kritische Frage stellen, ob wir das wirklich brauchen oder nicht. Denn eines ist klar: Wir müssen selektionieren, wir müssen bei einigen Vorhaben mit weniger gutem Kosten-/Nutzenverhältnis den Rotstift ansetzen, wir müssen Unnötiges und weniger Wichtiges streichen. Schliesslich wollen wir auch finanzpolitisch unsere Verantwortung wahrnehmen und unsere Stadt steuerlich deutlich attraktiver machen.

Besonders störend finde ich, dass zu den üppigen Rabatten auch noch die Finanzkompetenzen ausgehebelt werden. Wegen des unsäglichen Kostensplittings, wie Sie wissen, zahlen Kanton und Gemeinde jeweils die Hälfte des Betrages nach Abzug der Bundesbeiträge, befinden wir nur über rund 30% der tatsächlichen Investitionen. Damit werden die Hürden für eine Volksabstimmung ausgehebelt. Nach der revidierten Stadtverfassung ist die Finanzierung im Agglomerationsprogramm bereits der zweite massive Angriff auf die Volksrechte. Aber nicht nur das: Vieles, was uns der Stadtrat bei 100% der Kosten als separate Vorlage unterbreiten würde, wird bei nur 30% der wahren Kosten wohl über das Budget reingeschleust; das Parlament bekommt dann gar keine Vorlage zu sehen und wird deshalb die Projektdetails auch gar nie sehen. Mit anderen Worten: Die demokratische Kontrollfunktion von Parlament und Volk wird ausgehebelt!

Hinzu kommt, dass die nicht projektführende Partei rein gar nichts zu sagen hat und nur zahlen muss. Ein Beispiel: Beim Duraduct bestimmt der Grosse Stadtrat, der Kanton muss zahlen und hat nichts zu sagen. Beim Ausbau der Bahnhöfe Schaffhausen und Herblingen ist es umgekehrt. Der Kanton bestimmt alleine, und die Stadt muss immerhin CHF 5.3 Mio. beisteuern, und dies, ohne jegliches Mitbestimmungsrecht. Verstehen Sie mich nicht falsch: Investitionen in den Verkehr müssen nichts Schlechtes sein, aber die Finanzierung ist eindeutig undemokratisch.

Zusammengefasst kann man sagen: Natürlich ist es gut, wenn der Bund sich an Investitionen beteiligt. Das Schaffhauser Finanzierungsmodell ist aber katastrophal: Das Kostensplitting verleitet zu ungebremster Ausgabenfreudigkeit, die

demokratischen Mitbestimmungsrechte und Kontrollmechanismen werden weitgehend ausgeschaltet, ebenso die verfassungsmässig festgelegten Finanzkompetenzen. Ich habe dieses System schon im Kantonsrat bemängelt, leider entschied die Mehrheit für das undemokratische System, und leider können wir dies auch nicht mehr ändern. Was wir aber tun können, sind zwei Dinge:

1. Wir können, das heisst wir müssen die nun folgenden Einzelprojekte mit der notwendigen Sorgfalt und im Wissen um die undemokratische Finanzierung genau prüfen. Für jene Projekte, die der Stadtrat auf dem Budgetweg durchbringen will, haben wir in der Baufachkommission eine Sicherung eingebaut. Sie sehen dazu Antrag 3 der Vorlage der BFK. Der Antrag verpflichtet den Stadtrat, die Baufachkommission vorgängig zur Budgetphase zu informieren, damit wir frühzeitig Einfluss nehmen können und wenn nötig weitere Details oder gar eine Vorlage fordern können. Diese Massnahme kann den unsäglichen Abbau der demokratischen Kontrollmassnahmen zwar nicht korrigieren, aber immerhin etwas lindern.
2. Das zweite, was wir tun können, ist die Sensibilisierung. Es liegt mir am Herzen, dass der Stadtrat begreift und anerkennt, dass wir eine derart undemokratische Finanzierung bei der zweiten Generation des Agglomerationsprogrammes nicht mehr tolerieren werden. Dieses deutliche Signal muss im Verein Agglomerationsprogramm ankommen. Bundesbeteiligungen für Investitionen sind gut, aber es geht auch ohne derart einschneidende Beschränkungen der Volksrechte.

Beurteilung konkreter Projekte aus dem Katalog des Agglomerationsprogramms:
Im zweiten Teil der Fraktionserklärung möchte ich konkret auf die städtischen Projekte eingehen. Die Baufachkommission hat eine Priorisierung vorgenommen, welche Projekte zuerst angegangen werden sollen, welche später und welche gar nicht. Die Sprecherin der Baufachkommission Katrin Bernath hat darüber ausführlich informiert. Aus Sicht der bürgerlich-liberalen Fraktion gibt es im städtischen Massnahmenkatalog eine Vielzahl an unnötigen, unreifen, bedingt sinnvollen und auch – ja, man muss es so sagen – linksideologischen, autofeindlichen Projekten. Dagegen wehren wir uns, und das ist auch der Grund, warum sich einige Fraktionsmitglieder enthalten werden.

Massnahmen der Kategorie "unnötig" oder "unreif": Einen zusätzlichen, hindernisfreien Veloweg nach Herblingen (Massnahme 36 für CHF 3 Mio.) braucht es schlicht nicht. Wir sind froh, dass die Fachkommission Bau auch zu diesem Schluss gekommen ist. Ins gleiche Kapitel gehört die zusätzliche Veloabstellanlage am Bahnhof (Massnahme 38). Veloabstellanlagen gibt es schon genug und erfahrungsgemäss weigern sich Velofahrer, ihren Drahtesel in unterirdische, kostenpflichtige Abstellanlagen unterzubringen.

In die Kategorie "nur bedingt sinnvoll" gehört die Massnahme Nr. 33, Duraduct, Kostenpunkt CHF 5.5 Mio. Diese Brückenverbindung hat nur dann ein einigermaßen angemessenes Kosten-/Nutzenverhältnis, wenn damit eine zusätzliche Verbindung ins neue, urbane Stahlgiesserei-Quartier geschaffen werden kann. Das neue Stahlgiesserei-Parkhaus könnte beispielsweise auch für die Fussballplätze und die KSS benutzt werden. Das Duraduct wird so zur 3-Punkte-Verbindung inklusive Anschluss an Gewerbe, Wohnungen und Veranstaltungshalle im Mühlental; und erst dann ist die Sache interessant. CHF 5.5 Mio. alleine für ein simples Velobruggli auszugeben, das wäre für uns herausgeworfenes Geld.

Auch die Rheinuferprojekte (Massnahme 22) überzeugen noch nicht wirklich: Ohne publikumswirksames Magnet wird das Rheinufer noch lange nicht wirklich attraktiv. Ein paar Blumenkisten und Verkehrsinselchen in der Rheinuferstrasse zur Verkehrsbehinderung stören zwar den Verkehrsfluss, machen den Rheinzugang aber noch lange nicht wirklich attraktiv. Hier braucht es städtebaulich doch noch etwas mehr Kreativität – und die Rhybadi-Sauna ist dazu nur ein kleiner Baustein.

In die Kategorie "autofeindlich" und "linksideologisch" gehören die Vorhaben Parkplatzgebühren auf privatem Grund, Mobilitätsmanagement und Parkdauerbeschränkung. Zum Glück haben wir im Kantonsrat die gesetzliche Ermächtigung zur Eintreibpflicht für Private von Parkgebühren auf privatem (!) Grund gestrichen. Sonst kämen die Stadtplaner im Baudepartement – die uns ja schon mit einer neuen, völlig unnötigen Parkplatzverordnung beglückten – noch auf dümmere Ideen. Auch das Mobilitätsmanagement (Massnahme Nr. 59 und 60) – ein staatliches Erziehungsprogramm – ist aus liberaler Sicht völlig deplatziert und unnötig. Wir kennen derartige staatliche Öko-Propaganda bereits von den Städtischen Werken, nun sollen auch noch die Firmen ungefragt mit Öko-Propaganda beglückt werden. Das ist herausgeschmissenes Geld.

Beurteilung der S-Bahn Schaffhausen:

Zum Schluss noch ein Wort zur S-Bahn Schaffhausen, dem eigentlichen Filetstück des Agglomerationsprogramms. Wie Sie wissen, hat der Grosse Stadtrat wegen des undemokratischen Verfahrens eigentlich nichts mehr zu sagen. Deshalb erlaube ich mir, an dieser Stelle noch etwas zu sagen, der Präsident möge mir das verzeihen. Aber ich finde dieses Thema für die Stadt einfach zu wichtig, als dass wir einfach darüber hinweg gehen könnten.

Im Wissen um die grossen Investitionen und die jährlich wiederkehrenden Betriebskosten begrüssen wir von der bürgerlich-liberalen Fraktion dieses Zukunftsprojekt! Vordergründig profitiert die Stadt trotz grosser Kostenbeteiligung zwar nur beim Bahnhof Herblingen. Die viel bessere Erschliessung mit dem öffentlichen Regionalverkehr und der Halbstundentakt nach Zürich werden der ganzen Wohn- und Wirtschaftsregion einen spürbaren Wachstumsimpuls verschaffen, und davon profitiert auch die Stadt. Ausserdem wird die Stadt als Verkehrsknotenpunkt den Anstieg des Verkehrs mit einem ausgebauten Hauptbahnhof viel besser verkraften. Ja, meine Damen und Herren, Sie haben richtig gehört. Man muss vom "Hauptbahnhof Schaffhausen", also vom "HB Schaffhausen" sprechen. Mit der S-Bahn wird der Bahnhof Schaffhausen zum Hauptbahnhof. Neben dem Regionalbahnhof Herblingen könnte die S-Bahn-Schaffhausen nämlich schon bald auch weitere Haltestellen auf dem Stadtgebiet komfortabel bedienen: Zum Beispiel eine neue Haltestelle im ehemaligen Güterbahnhof oder auch im Urwerf wäre vielleicht eine Haltestelle denkbar.

In diesem Sinne möchte ich dem Stadtrat und vor allem dem Baureferenten Mut machen, sich für diese Projekte einzusetzen. Statt mit unnötigen Mobilitätsberatungen, der Planung von Veloabstellanlagen oder Vorschriften für Veloständer, sollte sich unser Baureferat besser mit zukunftssträchtigen Projekten wie der Entwicklung des Güterbahnhofes auseinander setzen. Bundessubventionen via Agglomerationsprogramme können eine willkommene Anlaufhilfe sein, aber eben: Man muss auch hier die richtigen Prioritäten setzen. “

Daniel Schlatter (SP)**SP/AL-Fraktionserklärung**

„Mit der Orientierungsvorlage Agglomerationsprogramm Schaffhausen, in der auch das Gesamtverkehrskonzept der Stadt zur künftigen Siedlungs- und Verkehrsentwicklung berücksichtigt wurde, besprechen wir heute, was und welche Ziele in Schaffhausen und Umgebung realisiert werden sollen. Das Agglomerationsprogramm ist aber auch als Gesamtpaket sehr wichtig.

Die Stadt, zusammen mit dem Kanton und der Finanzierungshilfe des Bundes mit einem Anteil von 40% ist für Schaffhausen eine sehr wichtige und für die nächsten Jahre wegweisende Zielrichtung, sei es für die Finanzierung oder die Projektabwicklung. Nach diesem Programm kann der Stadtrat die entsprechenden Vorlagen zielgerichtet ausarbeiten und dem Parlament zur Genehmigung vorlegen. In dieser Orientierungsvorlage sind die zurzeit bekannten wichtigsten Verkehrsknotenpunkte aufgeführt, und es wird aufgezeigt, wie diese optimal gelöst werden können. Ich denke dabei nicht nur an die SBB- und DB-Bauten und Umbauten sowie Verbesserungen im Angebotsausbau der VBSH, sondern vor allem an den Verkehrspunkt Gennersbrunnstrasse oder die Optimierung der Fussgängerverbindungen im Ortsteil Herblingen sowie die Aufwertung im Bereich Adlerunterführung/Schwabentor und Vorderes Mühlental. Denken wir daran, wenn wir schon immer vom Kleinen Paradies sprechen, dass Schaffhausen die Verkehrsoptimierungen braucht und jetzt die Weichen richtig gestellt werden können.

Die SP/AL-Fraktion hat das Agglomerationsprogramm ausführlich diskutiert und wird geschlossen der Orientierungsvorlage mit den Änderungen der Fachkommission Bau zustimmen.“

Josef Eugster (SVP)**SVP/EDU-Fraktionserklärung**

„Das Agglomerationsprogramm Schaffhausen hat, zumindest aus der finanziellen Perspektive, zwei Seiten. Die positive Seite ist, dass vom Bund ein beträchtlicher Betrag, insgesamt CHF 33 Mio., davon für die Stadt etwas über CHF 19 Mio., an Investitionsgeldern in Aussicht gestellt wurde. Auf den ersten Blick eine erfreuliche Situation. Die Realität sieht jedoch etwas anders aus.

1. Die Gelder können nur für Projekte und Massnahmen abgeholt werden, die umgesetzt werden, was auch verständlich ist.
2. Die Kostenbeteiligung vom Bund erfolgt nur in der Höhe, die bei der Eingabe der Massnahmen erfolgte. Die Basis der Kostenschätzungen der Infrastrukturmassnahmen erfolgt auf der Stufe Vorprojekt oder Projektstudie. Falls Mehrkosten bei der Umsetzung anfallen, gehen diese zu 100% zu Lasten der Stadt und des Kantons.
3. Offen ist zudem die Frage, welche Projekte und Massnahmen innert nützlicher Frist umsetzbar sind. Einerseits abhängig vom Finanzierungsanteil der Stadt, der voraussichtlich einiges über CHF 20 Mio. liegt, Geld das in der Stadt nicht vorhanden ist, andererseits die personellen Ressourcen, Traktandum 4 lässt grüssen.

Fazit: Die Umsetzung des Agglomerationsprogramms hat eine massive Weiterverschuldung zur Folge, wenn nicht zusätzlich finanzielle Mittel beschafft werden können beispielsweise durch den Verkauf von Liegenschaften oder entbehrlichen Baurechtsgrundstücken. Zudem sollten für einige Projekte die

Folgekosten für Betrieb und Unterhalt in die Kostenrechnung mit einbezogen werden.

Die SVP/EDU-Fraktion wird der Vorlage zustimmen und ist gespannt auf die Umsetzung der verschiedenen Projekte und Massnahmen. “

SR Peter Kämpfer

Stellungnahme

”Ich bedanke mich bei Katrin Bernath für die Berichterstattung der Baufachkommission und bei den Fraktionen für ihre Stellungnahmen, die mehrheitlich positiv sind. Nachdem die Beschlussfassung im Kantonsrat bereits erfolgt ist, steht heute auch im Grossen Stadtrat der Entscheid über das Agglomerationsprogramm Schaffhausen an, wobei Sie im GrSR aufgrund der Tatsache, dass es sich nur um eine Orientierungsvorlage handelt, zurzeit nur darüber diskutieren können; die Beschlussfassung zu den einzelnen Projekten erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt. Wichtig für uns ist, dass im Kanton die gesetzliche Grundlage festgelegt wurde, vorbehaltlich Ablaufs der Referendumsfrist. Somit sind die finanziellen Begebenheiten geklärt. Entscheidend ist aber natürlich noch - wie bereits erwähnt - die Abstimmung über den Kredit für die S-Bahn-Schaffhausen, von dem viele Projekte betroffen sind, in welche die Stadt involviert ist.

Für den grossen Stadtrat geht es heute darum, zu denjenigen Projekten Stellung zu nehmen, bei welchen die Stadt Schaffhausen federführend ist und sich zum geplanten Vorgehen zu äussern. Das Ziel des Agglomerationsprogrammes ist die Verbesserung des Verkehrssystems in den Agglomerationen. Dabei sollen Fortschritte sowohl bezüglich Verkehrsqualität und Verkehrssicherheit als auch bezüglich Raumentwicklung und Umweltqualität erzielt werden. Kernanliegen der Agglomerationsprogramme sind die Siedlungsentwicklung nach innen, die Verlagerung des Verkehrs auf den öffentlichen Verkehr und den Langsamverkehr sowie eine möglichst optimale Abwicklung des verbleibenden motorisierten Individualverkehrs. Wenn wir von den Entwicklungszielen unserer Region sprechen, mit einem Einwohnerwachstum und einem damit verbundenen höheren Verkehrsaufkommen, tun wir gut daran, nicht eine einseitige Entwicklung zu planen, sondern dafür zu sorgen, dass mindestens 50% des zu erwartenden Mehrverkehrs mit dem ÖV und dem Langsamverkehr abgewickelt werden kann. Dies ist eines der Grundziele des Agglomerationsprogramms. Daraus ersehen Sie, dass es nicht darum geht, ideologische Ziele zu verfolgen, sondern hauptsächlich darum, dass in unserer Region der Verkehr weiterhin so fliesst, dass er für die Einwohner verträglich ist und unsere Region nicht durch Stauungen bekannt wird und so auch weiterhin attraktiv bleibt.

Der Bund möchte mittels dem Agglomerationsprogramm sicherstellen, dass die finanziellen Mittel, die er zur Lösung der Verkehrsprobleme in den Agglomerationen zur Verfügung stellt, gezielt, koordiniert und wirksam eingesetzt werden und dass sich die Agglomerationen nach den Grundsätzen der Nachhaltigkeit entwickeln sowie mithelfen, die raumplanerischen Ziele zu verwirklichen. Dies war ein wichtiger Grundsatz des Bundes bei der Überprüfung der eingereichten Agglomerationsprogramme.

Diese Aufgabe übernahm für die Agglomeration Schaffhausen der Verein Agglomeration Schaffhausen, der 2006 gegründet wurde und mittlerweile neben sämtlichen Gemeinden des Kantons Schaffhausen auch die angrenzenden Gemeinden der Kantone Thurgau, Zürich und der deutschen Nachbarschaft Mitglieder sind. Neben der Ausarbeitung des ersten Agglomerationsprogrammes -

und jetzt bereits des zweiten Programmes - gehören vielfältige Aktivitäten zur besseren Zusammenarbeit in unserer Region zu den Aufgaben, beispielsweise kulturelle Veranstaltungen wie die bekannte Museumsnacht. Eine Zusammenarbeit, die sich sehr erfreulich angelassen hat und von allen Beteiligten mit grossem Engagement geführt wird. Die Entstehung des Agglomerationsprogrammes kann auf eine lange Geschichte zurückblicken, denn selten ist ein Programm mit so breiter Abstützung über so viele Jahre hinweg mit Beteiligung einer so grossen Zahl von Akteuren erarbeitet worden.

Basis für die Massnahmen auf städtischer Ebene bildet das in einem umfangreichen Prozess und mit breiter Mitwirkung von 2004 bis 2007 entwickelte Gesamtverkehrskonzept der Stadt Schaffhausen (GVK). Ziel des Gesamtverkehrskonzepts war es, darauf sei hier nochmals hingewiesen, ein sich ergänzendes und nicht konkurrenzierendes Gesamtverkehrssystem zu schaffen. Die grosse Mehrzahl der Massnahmen des GVK wurde in das Agglomerationsprogramm integriert und können nun realisiert werden. Es geht also nicht um Massnahmen, die wir in einem Wahn an Shoppinggelüsten eingebracht haben, sondern diese sind sehr genau ausgerechnet und geplant worden.

Die gute Vorarbeit, sowohl seitens der Stadt als auch seitens des Kantons, respektive des Vereins Agglomeration Schaffhausen (AVS), führte zu einer hervorragenden Bewertung des Agglomerationsprogramms Schaffhausen durch den Bund. Die Mitfinanzierung von 40% der Massnahmen durch den Bund ist gesichert, natürlich mit der von Josef Eugster zu Recht erwähnten Tatsache, dass die Kosten auf dem Stand der Eingabe eingehalten werden müssen. Auch der Kanton hat durch Verabschiedung des Gesetzes über die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur am 6. Juni 2011 die Signale auf Grün gestellt. Damit ist sichergestellt, dass der Kanton auch bei den Projekten in der Verantwortung der Stadt 50% der nach Abzug der Bundessubventionen verbleibenden Kosten übernimmt (als gebundene Kosten). Es wurde gesagt, dies sei "schlechte Demokratie". Ich denke, für die Gemeinden wäre es sehr schwierig geworden, wenn bei gewissen Projekten zuerst in der Stadt eine Volksabstimmung hätte gemacht werden müssen, ohne zu wissen, ob der Kanton sich dann daran beteiligt hätte oder nicht. Dieser mit dem Kanton ausgehandelte Kompromiss ist tragfähig und macht Sinn. Somit müssen in der Regel nur 30% der Investitionssumme von der Stadt selbst getragen werden, eine einmalige Chance für die Stadt, ihre Verkehrsinfrastrukturen mit tragbarem Aufwand den zukünftigen Anforderungen anzupassen. Es ist für den Stadtrat aber auch klar, dass wir uns hier keine Projekte leisten können, die keinen nachhaltigen Nutzen für die Stadt bringen, auch wenn sie rabattiert sind.

Besonders darauf hinzuweisen ist, dass es sich um ein Programm von aufeinander abgestimmten Massnahmen handelt und nicht um eine Sammlung von Einzelmassnahmen. Die beabsichtigte Wirkung kann nur mit einer möglichst vollständigen Realisierung der Massnahmen erzielt werden. Auch die Baufachkommission hat diesen Programmgedanken erkannt und die Vorlage in diesem Sinne vorberaten.

Es ist aber zu beachten, dass die Nicht-Infrastrukturmassnahmen in ihrer Wirkung ebenso von grosser Bedeutung sind. Dazu gehören die Festlegung der Entwicklungsschwerpunkte Mühlental, Breite und Herblingertal als Ausgangspunkt für die Planungen, Massnahmen wie die Parkplatzbewirtschaftung in Wohngebieten, die in der Vernehmlassung stehende neue Parkplatzverordnung oder die Einführung des Mobilitätsmanagements, ein kantonales Projekt, das in revolutionären Kantonen

wie Zug bereits zur Anwendung kommt. Gerade diese Nicht-Infrastrukturmassnahmen sind politisch umstritten, davon haben wir heute bereits einen Vorgeschmack erhalten. Wichtig ist zu wissen, dass sie in ihrer Wirkung mitzählen - das hat Katrin Bernath bereits erwähnt - und in ihrer Umsetzung einiges günstiger als die infrastrukturellen Massnahmen sind. Es gehört allerdings auch zur Hausaufgabe des Stadtrats, dass die Massnahmen nicht gegen den Willen der Wohnbevölkerung umgesetzt werden, zum Beispiel die Parkplatzbewirtschaftung in Wohngebieten, wo wir im gemeinsamen Gespräch mit der Wohnbevölkerung die besten Umsetzungsmöglichkeiten erarbeiten.

Mit der Zustimmung zur Orientierungsvorlage geben Sie dem Stadtrat den Auftrag, die Projekte weiter zu bearbeiten und als Einzelvorlagen vorzulegen. Die Mittel werden entweder über den ordentlichen Budgetweg oder mit Vorlagen zur Volksabstimmung beschafft. Die Mitbestimmung des Grossen Stadtrats ist auf jeden Fall gewährleistet und uneingeschränkt möglich, denn bekanntlich entscheidet der GrSR über das Budget; einzelne Projekte unterstehen sogar dem fakultativen Referendum oder der obligatorischen Volksabstimmung. Der Stadtrat ist mit dem Zusatzantrag der Fachkommission Bau einverstanden, das heisst, dass die Fachkommission Bau regelmässig im Herbst über die nächsten Projekte und den allgemeinen Projektstand informiert wird.

Im aktuellen Finanzplan der Stadt sind die Projekte des Agglomerationsprogramms bereits enthalten. Es werden aber trotz der namhaften Mitfinanzierung durch Bund und Kanton erhebliche finanzielle Anstrengungen seitens der Stadt erforderlich sein, um die Projekte innert nützlicher Frist zu realisieren. Der Zeitraum der Realisierung wird sich über rund 10 Jahre erstrecken, der Stadtrat ist sich der finanziellen Verantwortung voll bewusst. Die Planung für die einzelnen Projekte ist bereits angegangen worden, jedoch darf mit dem Bau erst begonnen werden, wenn die rechtlichen Voraussetzungen seitens Bund und Kanton gegeben sind.

Im Budget 2011 sind als erste Projekte bereits der Kreisel Rheinhardstrasse, ab Herbst 2011, und die Aufweitung der Löwengässchenunterführung enthalten, damit der Fussgängerverkehr besser in Richtung Mühlental funktioniert. Im nächsten Jahr wird vor allem das Projekt Gennersbrunnerstrasse im Fokus stehen. Dies kann sicherlich nicht als autofeindliches Programm taxiert werden. Es sind aber noch nicht alle Projekte reif, sondern viele liegen erst als Projektskizzen vor. Hier ist eine Umsetzungsplanung im Gang; für die Rheinuferstrasse ist beispielsweise bereits ein Wettbewerb ausgeschrieben, um funktionsfähige und bezahlbare Lösungen zu finden. Alles steht unter dem Oberbegriff, den Verkehr "funktionierender" zu gestalten und ist keinesfalls als autofeindliches Programm einzustufen. Das möchte ich an dieser Stelle klar festhalten.

Der Stadtrat lädt den Grossen Stadtrat ein, mit dem Agglomerationsprogramm die Weichen für eine zeitgemässe Verkehrserschliessung der Stadt zu stellen und die Standortgunst von Schaffhausen als gut erreichbare Wohn- und Arbeitsstadt langfristig zu sichern. Zum Schluss kann ich Ihnen mitteilen, dass der Stadtrat die Änderungen der Fachkommission Bau mitträgt. "

Thomas Hauser (FDP)

Votum

"Ich möchte zur Aussage von Daniel Preisig, das Geschäft sei undemokratisch und die Volksrechte würden ausgehebelt, Stellung nehmen. Das hat man natürlich im Kanton beim Bau der S-Bahn auch gesehen - es geht einfach gar nicht anders. Es

sind auch die Gemeinde Thayngen, Neuhausen und Beringen beteiligt, und allen diesen Gemeinden ergeht es gleich. Jetzt stehen wir vor einer speziellen Situation: Stimmen wir im Kanton über die S-Bahn ab und die kantonale Stimmbevölkerung sagt Ja, und dann kommt irgendeine Gemeinde, zum Beispiel Thayngen, und ist wegen eines kleinen Betrags von CHF 6 Mio. nicht einverstanden, können wir das ganze, von unserem Verkehrschef Patrik Altenburger bestens ausgeklügelte Agglomerationsprojekt in den Papierkorb werfen. Das ist die Krux an der ganzen Sache. Das hat weder dem Kantonsrat, noch der Kommission gefallen; aber es geht einfach nicht anders. Deshalb wurde auch der Antrag gestellt, dass dies nur für das Agglomerationsprogramm der ersten Generation gelte, was auch so ins Gesetz aufgenommen wurde. Wenn jetzt gesagt wird, dies sei undemokratisch und die Volksrechte würden ausgehebelt, stimmt das überhaupt nicht. Solche Aussagen können das Projekt, das am 25. September an die Urne kommt, gefährden, und das darf auf keinen Fall sein. “

DETAILBERATUNG

Der **1. Vizepräsident, Dr. Raphaël Rohner (FDP)**, verliest die Orientierungsvorlage Agglomerationsprogramm Schaffhausen vom 30. November 2010, Seiten 1-50, den aktualisierten Anhang 11 sowie die neuen Anträge der Fachkommission vom 28. März 2011 wie folgt:

ANTRÄGE

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Orientierungsvorlage des Stadtrates vom 30. November 2010 betreffend Agglomerationsprogramm Schaffhausen und vom Antrag der Fachkommission Bau, Planung, Verkehr, Umwelt und Sicherheit vom 28. März 2011. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
2. Er beauftragt den Stadtrat, die erforderlichen Vorlagen für die Umsetzung der in der Orientierungsvorlage enthaltenen Massnahmen auszuarbeiten und dem Grossen Stadtrat als Vorlage oder auf dem Budgetweg zu unterbreiten. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
3. Der Stadtrat informiert die Fachkommission Bau, Planung, Verkehr, Umwelt und Sicherheit jährlich rechtzeitig vor der Budgetdebatte über Projektierungen und Umsetzungen, welche auf dem Budgetweg beschlossen werden sollen. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst die Orientierungsvorlage des Stadtrats Agglomerationsprogramm Schaffhausen vom 30. November 2010 sowie die von der Fachkommission Bau vorgeschlagenen Anträge mit 28 : 0 Stimmen gut.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 2 Postulat Andi Kunz (AL): Demokratie beginnt nicht erst mit 18. (Neue) Möglichkeiten der politischen Partizipation für Kinder und Jugendliche**Andi Kunz (AL)****Begründung**

„Sie alle, mit einer Ausnahme, sind Mitglied einer politischen Partei. Vermutlich engagieren Sie sich in Ihrer Freizeit in weiteren Vereinen und Gruppierungen. Ob Männerchor, Frauenriege oder Schützenverein – sie alle haben eines gemeinsam: Die Sorge um den Nachwuchs, der in die Fusstapfen derer treten soll, die früher oder später ihren Rücktritt bekannt geben. Gelingt es Ihnen nicht, junge Leute für Ihre Sache zu begeistern und diese zum Mitwirken zu bewegen, ist das Fortbestehen Ihres Vereins mittel- oder langfristig in Gefahr. Dies gilt jedoch nicht nur für die Parteien und Vereine, in denen Sie sich engagieren, sondern auch für unser politisches System und unser Gemeinwesen. Auch dieses ist darauf angewiesen, dass junge Leute Interesse zeigen und Verantwortung übernehmen. Nur so hat unser politisches System eine Zukunftsperspektive und unsere direktdemokratische Kultur langfristig Bestand.

Nun wissen Sie jedoch so gut wie ich, dass das Interesse und die Kompetenz, aktiv am politischen und gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, nicht einfach vom Himmel fallen. Es gibt sie zweifellos, die Kinder und Jugendlichen, die Initiative ergreifen und schon früh wissen, wie sie ihre Anliegen in den Club der Erwachsenen einbringen können. Aus den Vereinen, in denen Sie mitwirken, wissen Sie jedoch auch, dass dies in der Regel recht selten vorkommt. Sie sind deshalb gut beraten, nicht einfach abzuwarten, bis der Nachwuchs vielleicht irgendwann vor der Türe steht und Sie um Einlass bittet. Aktuelle Zahlen belegen, dass dies immer weniger der Fall ist. Erfolgreiche Vereine gehen auf die Jugendlichen zu und kämpfen bei jeder Gelegenheit um deren Interesse. Die gleiche Erfolgsstrategie bietet sich für die Politik und für unser Gemeinwesen an: Wir sind aufgefordert, einen Schritt auf die Kinder und Jugendlichen zuzumachen. Tun wir dies, werden wir Früchte in Form von Interesse und Teilhabe ernten. Reissen wir Hemmschwellen ein und schaffen niederschwellige Partizipationsmöglichkeiten, um Kinder und Jugendliche an ihre Rolle als politisch aktives Mitglied unserer Gesellschaft heranzuführen. Die Ökonomie lehrt uns: Die Nachfrage bedingt nicht nur das Angebot, sondern auch umgekehrt. Wer Angebote schafft, stimuliert damit auch entscheidend die Nachfrage.

Wer mit 18 mitreden und mitentscheiden will, ist darauf angewiesen, dass ihm beziehungsweise ihr die Gelegenheit geboten wird, sich frühzeitig mit den demokratischen Spielregeln und Strukturen vertraut zu machen. Schliesslich lernt man Demokratie durch die Praxis demokratischen Handelns. Doch genau diese Experimentierfelder, in denen Demokratie geübt und erlebt werden kann, werden den Kindern und Jugendlichen leider allzu häufig vorenthalten. In der Schule verschwindet die politische Bildung zusehends aus den Lehrplänen, und es drängt sich die Frage auf, wo die Jugendlichen die Instrumente der direkten Demokratie kennen und damit umzugehen lernen sollen. Vor diesem Hintergrund kann es uns nicht erstaunen und gleichgültig sein, wenn sich Jugendliche immer weniger an den herkömmlichen Möglichkeiten politischer Partizipation und immer seltener in den bestehenden Gefässen der politischen Auseinandersetzungen beteiligen. Gefordert sind nicht nur die Parteien, die sich angesichts sinkender Mitgliederzahlen mit ihren Strukturen auseinandersetzen müssen. Die Herausforderung betrifft auch die politischen Institutionen und deren Vertreterinnen und Vertreter. Gefragt sind neue Ideen und Möglichkeiten, Kinder und Jugendliche an die Auseinandersetzung mit politischen Fragen heranzuführen und sie an der Mitgestaltung unserer Umwelt

teilhaben zu lassen. Gefragt sind durchlässigere, flexible, dezentrale und weniger formelle Formen der politischen Auseinandersetzung. Viele Jugendliche möchten sich nicht fest einer Partei verschreiben, sich nicht in verstaubte Strukturen und Hierarchien einbinden lassen, und sie wollen sich auch nicht damit begnügen, vier- oder fünfmal im Jahr ihre Stimme abzugeben und im Vierjahresrhythmus mehr oder weniger alte Männer und Frauen in die Parlamente und Exekutiven zu wählen. Sie wollen sich themen- und projektbezogen einmischen können, ohne dabei gleich eine lebenslange Bindung eingehen zu müssen und vereinnahmt zu werden.

Wir sollten uns dieser Entwicklung nicht verschliessen, sondern mit ihr gehen. Verschiedene Gemeinwesen haben sich dieser Herausforderung gestellt und sich auf die Suche nach speziellen Partizipationsformen für Kinder und Jugendliche gemacht, neue entwickelt und diese erprobt. So sind in den vergangenen Jahren Kinderbüros entstanden, Kinder- und Jugendbeauftragte ernannt worden und Kinder- und Jugendparlamente, -foren und -beiräte in Betrieb genommen worden. In einigen Gemeinden werden zu spezifischen Fragen Jugendhearings durchgeführt, neue (kinder- und jugendfreundliche) Formen der politischen Kommunikation erprobt und die Jugendarbeit offener gestaltet. Vielerorts werden Kinder und Jugendliche zudem stärker als bisher in Planungs- und Entscheidungsprozesse eingebunden, insbesondere dann, wenn sie direkt davon betroffen sind, also beispielsweise bei der Gestaltung von Spielplätzen, Sportanlagen, Velowegen und Schulplätzen. Sie sehen: Vielerorts wird unsere Demokratie weiterentwickelt.

In Schaffhausen ist davon leider nicht viel zu spüren. Ich behaupte nicht, dass die Stadt gänzlich untätig ist. Es gibt da und dort Versuche, Kinder und Jugendliche an der Mitgestaltung unseres Gemeinwesens teilhaben zu lassen. Sie tut dies aber in meinen Augen viel zu selten, zu wenig koordiniert und ohne klaren Auftrag. Damit verpasst unsere Stadt eine Riesenchance. Es ist reichlich schade, dass unsere Stadt dieses Potential nicht genügend nutzt. Würde sie Jugendliche stärker und häufiger in Planungs- und Entscheidungsprozesse einbeziehen, würde sie nicht nur neue Impuls und Anregungen erhalten und die Bedürfnisse und Vorstellungen unserer jungen Mitbürgerinnen und Mitbürger besser kennen lernen. Sie würde gleichzeitig Gelegenheiten schaffen, Kindern und Jugendlichen Veränderungsmöglichkeiten und die Spielregeln der Demokratie erfahren zu lassen. Davon profitieren schliesslich alle.

Die Kinder und Jugendlichen sind unsere wertvollste Ressource – und unserer Stadt fehlt bislang etwas der Mut, dieses Potential auszuschöpfen. Dem möchte ich Abhilfe schaffen und den Stadtrat mit Ihrer Unterstützung damit beauftragen, zu prüfen und dem Parlament Bericht zu erstatten, wie die Partizipation von Kindern und Jugendlichen am politischen und gesellschaftlichen Leben gestärkt werden kann. Dies gibt dem Stadtrat die Möglichkeit, seine bisherigen Aktivitäten im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit kritisch zu durchleuchten, neue Ideen und Möglichkeiten zu entwickeln und den Miteinbezug unseres Nachwuchses in die Planungs- und Entscheidungsprozesse verbindlich zu regeln. Der Postulatsauftrag ist bewusst allgemein gefasst. Es geht mir nicht darum, eine bestimmte Form politischer Partizipation zu propagieren, sondern darum, dem Stadtrat den Auftrag mit auf den Weg zu geben, abzuklären, in welchen Lebensbereichen und mit welchen Formen Kinder und Jugendliche stärker in die Mitgestaltung unseres Gemeinwesens eingebunden werden können. Andere Gemeinwesen sind uns viel voraus. Daran dürfte nichts auszusetzen sein, das hoffe ich zumindest. Ich rechne deshalb fest mit Ihrer Unterstützung und bin gespannt auf Ihre Wortmeldungen.

Ich darf Ihnen an dieser Stelle noch die Haltung der SP/AL-Fraktion bekannt geben: Meine Fraktionskolleginnen und -kollegen unterstützen das Postulat und werden diesem geschlossen zustimmen. “

SR Jeanette Storrer

Stellungnahme des Stadtrats

”Ich werde Ihnen stellvertretend für Stadtpräsident Thomas Feurer die Stellungnahme des Stadtrats zum Postulat von Andi Kunz vortragen. Mit seinem Postulat will Grossstadtrat Andi Kunz den Stadtrat beauftragen, zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten, wie die Partizipation von Kindern und Jugendlichen am politischen und gesellschaftlichen Leben gestärkt werden kann. Er ortet unter dem Stichwort „Politikverdrossenheit“ ein abnehmendes Interesse, sich in den traditionellen politischen Strukturen unseres demokratischen Systems zu engagieren. Hinter den Ermüdungserscheinungen stehe aber nicht ein grundsätzliches Desinteresse an der Politik. In verschiedenen Gemeinwesen würden deshalb spezielle Partizipationsformen für Kinder und Jugendliche erprobt. Als Stichworte nennt er Kinderbüros, Kinder- und Jugendbeauftragte, Kinder- und Jugendparlamente und -foren, Jugendhearings und Jugendlichenvorstösse.

Der Stadtrat teilt die kritische bis pessimistische Einschätzung des Postulanten nicht. Selten waren die Partizipationsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche so gut wie heute. Selten wurden sie so aktiv genutzt wie heute. Dazu vier Stichworte:

1. Politik:

Ein Blick auf die politische Landschaft zeigt, dass alle grösseren Parteien Jungparteien oder innerhalb ihrer normalen Strukturen aktive jugendliche Mitglieder haben. Diese sind auch in den Parlamenten auf Kantons- und Gemeindeebene vertreten und haben schon verschiedentlich politische Anliegen erfolgreich durch die politischen Prozesse gebracht. Erinnerung sei beispielsweise an die Änderungen der Polizeistundenregelung im Gastgewerbegesetz. Zurzeit ist weiter eine aktive Gruppe junger Schaffhauserinnen und Schaffhauser daran, die Grundlagen für ein neues Schaffhauser Jugendparlament auf kantonaler Ebene zu legen. Ein Konzept liegt bereits vor und soll in Kürze verabschiedet werden, vielleicht haben Sie davon gehört.

2. Bildung und Ausbildung:

Das Stichwort Schule wurde von Andi Kunz bereits angetönt. Es gibt aber noch eine andere Seite in der Schule, die vielleicht unter einem positiveren Licht wie der reine Staatskundeunterricht dargestellt werden kann. Im Schul- und Ausbildungsbereich haben sich die Möglichkeiten eher verbessert. So gehören Schülervvertretungen und Schülerparlamente zum Standard. Sie gewährleisten die Partizipation der Schülerinnen und Schüler in Fragen, welche ein Schulhaus als Gesamtes betreffen; es wird zum Beispiel gemeinsam eine Kleiderordnung oder eine Schulhausordnung erarbeitet.

3. Gesellschaft:

Im gesellschaftlichen Bereich bieten insbesondere die Vereine ein wichtiges Betätigungsfeld für Kinder und Jugendliche. Hier haben sie Gelegenheit, gesellschaftliche Entscheidungsprozesse aktiv mizuerleben und mizugestalten und so praktische Erfahrung in partizipativen Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen zu machen. Es ist auch bei uns in der Stadt Schaffhausen so, dass viele Kinder aktiv in Vereinen mitwirken; die Jugendarbeit Schaffhausen hat das vor einigen Jahren für gewisse Quartiere in Schaffhausen mit einer aktivierenden Befragung der

Jugendlichen aufgezeigt.

4. Jugendarbeit:

Die Programme und Aktivitäten der städtischen Quartier- und Jugendarbeit sind bewusst so angelegt, dass die teilnehmenden Jugendlichen nicht nur als Konsumentinnen und Konsumenten, sondern als aktiv Beteiligte einbezogen werden. Wir haben Sie bereits in verschiedenen Vorlagen und Berichten über die entsprechenden Tätigkeitsbereiche informiert. So beispielsweise in der Vorlage "Weiterentwicklung und Konsolidierung der Quartier- und Jugendarbeit" vom Dezember 2007. Wenn Sie sich persönlich ein Bild der verschiedenen Aktivitäten machen möchten: Werfen Sie einen Blick auf die Website der Quartier- und Jugendarbeit. Trotzdem ist klar, dass noch Verbesserungspotenzial besteht. Es geht aber dabei nicht um das Aufgleisen neuer Ansätze und Angebote, sondern um die Weiterentwicklung der bereits bestehenden Ansätze. Die nötigen Schritte sind jedoch bereits eingeleitet. Dies betrifft sowohl den Bereich der politischen Partizipation wie auch der gesellschaftlichen Partizipation.

Vorab zur politischen Partizipation:

- Ein neues Jugendparlament ist in Vorbereitung. Allerdings nicht als städtische Institution, sondern sinnvollerweise als Gremium für den ganzen Kanton. Der Startschuss für die Informations- und Vorbereitungsarbeiten ist für Sommer/Herbst 2011 vorgesehen. Die Initianten stehen in Kontakt mit der kantonalen Jugendkommission. Ansprechperson seitens der kantonalen Jugendkommission ist Grossstadträtin Christine Thommen als deren Präsidentin. Es fanden bereits Gespräche mit der Jugendarbeit statt. Rolf Schertenleib hat den Initianten Unterstützung und Zusammenarbeit zugesichert. Der stadtübergreifende Ansatz macht Sinn. Kantonale und städtische "Sonderzüge" sind nach Auffassung des Stadtrats nicht zielführend.
- Kommt das Jugendparlament zustande, so hat es die Möglichkeit, seine Anliegen über Petitionen, Volksmotionen oder über Vorstösse von nahe stehenden Ratsmitgliedern in das kantonale und das städtische Parlament einzubringen. Eine eigentliche Jugendlichenmotion, wie sie einzelne Städte kennen, ist demgegenüber in Schaffhausen nicht vorgesehen.
- Die Verankerung einer erweiterten Volksmotion, die auch Jugendlichen ab dem 14. Altersjahr offen gestanden hätte, wurde von Ihnen im Zusammenhang mit der Totalrevision der Stadtverfassung an der Sitzung vom 10. Mai dieses Jahres ausdrücklich abgelehnt. Zeigen die Erfahrungen mit dem neuen Jugendparlament, dass die politischen Instrumente Petition, normale Volksmotion sowie Einreichen von Anliegen über nahe stehende Parlamentarierinnen und Parlamentarier im Grossen Stadtrat nicht genügen, so kann die Frage einer Jugendlichenmotion nochmals geprüft werden. Zum heutigen Zeitpunkt wäre es aber nach Auffassung des Stadtrats noch zu früh, gewissermassen auf Reserve neue Aufträge zu beschliessen.

Partizipation im gesellschaftlichen Bereich:

Was die Partizipation im gesellschaftlichen Bereich betrifft, so hält das Jugendleitbild des Stadtrates von 2003 in Punkt 4 Folgendes fest: *"Die Stadt Schaffhausen ermöglicht und fördert Partizipation und Eigeninitiative. (...) Jugendliche werden nach Möglichkeit in die Angebotsgestaltung und bei Entscheidungen mit einbezogen. Sie übernehmen eine ihrem Alter gemässe Verantwortung"*. Im Massnahmenkatalog zum Jugendleitbild ist unter dem Kapitel "Kurz- bis mittelfristige Massnahmen" übrigens

auch die Möglichkeit eines Jugendparlamentes ausdrücklich erwähnt. Entgegen der Auffassung von Andi Kunz ist dieses Bekenntnis aber kein Papiertiger geblieben. Die Aktivitäten der Jugendarbeit richten sich konsequent nach diesen Grundsätzen.

1. Der Stadtrat erachtet die Förderung der gesellschaftlichen und politischen Partizipation der Jugendlichen sowie - altersgerecht - der Kinder als wichtiges Anliegen.
2. Er begrüsst die politisch breit abgestützte Initiative interessierter Jugendlicher, im Kanton Schaffhausen wieder ein Jugendparlament einzurichten. Er ist bereit, dieses Anliegen bei Bedarf mit konkreten Hilfestellungen durch die Jugendarbeit zu unterstützen. Er lädt Sie dazu ein, das Vorhaben zu unterstützen und insbesondere interessierte Jugendliche auf das Projekt aufmerksam zu machen. Grossstadträtin Christine Thommen wie auch die Stadtkanzlei vermitteln Ihnen gerne die Kontaktpersonen.
3. Daneben wird die Stadtverwaltung die Partizipation von Kindern und Jugendlichen weiterhin im Rahmen der Projekte Quartier- und Jugendarbeit fördern, wie dies im Jugendleitbild von 2003 denn auch vorgesehen ist.
4. Eine besondere rechtliche Regelung der Mitwirkungsrechte Jugendlicher erachtet der Stadtrat im heutigen Zeitpunkt nicht als notwendig.

Fazit: Die Anliegen der Urheberinnen und Urheber des Postulats sind anerkannt und werden vom Stadtrat als Dauerauftrag verstanden und schrittweise umgesetzt. Politik und Verwaltung können und sollen Partizipation unterstützen, aber nicht von oben verordnen. In diesem Sinne beantragt Ihnen der Stadtrat, das Postulat nicht erheblich zu erklären.

Schliesslich möchte ich Sie als Parlamentarierinnen und Parlamentarier dazu ermuntern, den Dialog aktiv zu suchen. Es war schon lange keine Schulklasse mehr im Grossen Stadtrat zu Besuch - ich habe hier in diesem Saal noch keine erlebt, kenne es aber vom Kantonsrat. Sie alle haben die nötigen Beziehungen, um dies wieder vermehrt anzustossen und als Parlamentarierin oder Parlamentarier auf die Schule zuzugehen und über das Büro den Besuch anzumelden. Heute tagen wir sogar ohne Gäste auf der Tribüne.

Ich bin zudem gerne bereit, auch den Jungparteien an einer Jungbürgerfeier eine Plattform zu bieten, um den jungen Erwachsenen den Stellenwert politischer Partizipation für Jugendliche und ihre praktische Erfahrungen als Jungpolitiker näher zu bringen. Das letzte Jahr habe ich dies angeregt und möchte dieses Angebot heute wiederholen. Es wäre eine sinnvolle Erfahrung für Jungbürgerinnen und Jungbürger, wenn so etwas zustande käme. Die nächste Feier findet am 10. November 2011 statt, und ich bin gerne bereit, Ihr Interesse an dieser Feier entgegenzunehmen und Ihnen eine Plattform zu bieten. Auch meine Stadtratskollegen und ich sind gerne bereit, mit Kindern und Jugendlichen zu diskutieren. Wir erhalten oft Anfragen für Arbeiten oder Interviews und werden eingeladen in Schulen, was wir sehr gerne machen. Letztes Jahr waren wir teilweise auch am Jugendgipfel in Lindau und haben eindrücklich erlebt, was Jugendliche in Sachen Politik auf die Beine stellen können. “

Daniel Preisig (JSVP)

Bürgerlich-liberale Fraktionserklärung

”Wir von der bürgerlich-liberalen Fraktion gehören eher zu den Leuten, die glauben,

dass Eigeninitiative, Innovation und gesellschaftliches Engagement dann entsteht, wenn sich der Staat vornehm zurück hält und nicht umgekehrt. Deshalb lehnen wir dieses Postulat ab. Natürlich wünschen auch wir uns eine starke Beteiligung der Bevölkerung am politischen Entscheidungsprozess. Aber: Es sind nicht teure, staatliche Motivationsprogramme, die die Leute an die Urnen treiben. Es ist das real wirksame Mitbestimmungsrecht und die Überzeugung, dass man wirklich auch etwas verändern kann.

Lieber Andy, liebe AL, liebe SP: Wenn ihr ernsthaft etwas gegen die Politikverdrossenheit unternehmen möchtet, dann solltet ihr aufhören, dauernd die Volksrechte abzubauen. Ich erinnere an die Erhöhung der Finanzkompetenzen bei der Revision der Stadtverfassung oder die empfindliche Beschränkung der Volksrechte im Agglomerationsprogramm. Solche undemokratischen Aktionen fördern die Politikverdrossenheit viel mehr als dutzende, unterbeschäftigte Sozialarbeiter mit Gspürsch-mi-Programmen jemals wieder wett machen können. Wo allenfalls Handlungsbedarf besteht, ist in der Schule. Dort wünschen wir uns einen neutralen, ich muss das betonen: neutralen und ausgewogenen Staatskundeunterricht. Die Stadt ist für dieses Anliegen aber der falsche Adressat. Die bürgerlich-liberale Fraktion lehnt dieses Postulat ab. “

Theresia Derksen (CVP)

OeBS/CVP/EVP-Fraktionserklärung

”In der Stadt Schaffhausen haben wir eine offene Jugendarbeit, eingebettet in die Abteilung „Quartier- und Jugend“ mit den weiteren Ressorts Jugendberatung, Schulsozialarbeit und Quartierarbeit, womit eine breite Jugendförderung zum Tragen kommen kann. Beinahe in jedem Schulhaus gibt es einen Schülerrat und im Lehrplan ist unter anderem folgendes Lernziel aufgeführt: *Aufgabenteilung zwischen Gemeinden, Kantonen und Bund erklären und Formen der Mitbestimmung aufzeigen*. Unsere Fraktion begrüsst es, wenn junge Menschen aktiv werden wollen und sich engagieren. Anfangs Juni konnte man in der Zeitung lesen, dass die Jungparteien zusammengekommen sind, um ihre gemeinsame „Polittour“ vorzustellen. Die Jugendlichen zeigten sich dabei überzeugt, dass sie dies besser können als etablierte Politiker. In der Stadt Schaffhausen freut sich die CVP über die aktiven jungen Menschen, die sich in der jungen CVP engagieren und unterstützt sie, wenn gewünscht, mit Rat und Tat. Eine Politikplattform finden die Jugendlichen in den Jungparteien. Allerdings engagieren sich die Jugendlichen eher dort, wo es brennt, und wo sie etwas Bestimmtes erreichen möchten.

Die Fraktion der OeBS/CVP/EVP ist aber der Meinung, dass es kein Rezept der Erwachsenen braucht, das die Möglichkeit der politischen Partizipation für Kinder und Jugendliche aufzeigt. Die Jugendlichen sollen selber aktiv werden, wenn sie etwas erreichen möchten. Ansprechpartner können die Eltern sein, gehört es doch auch zur Erziehung die Jugendlichen an die gesellschaftliche Verantwortung heranzuführen. Ansprechpartner sind aber auch Jugend- und Sozialarbeiter und Lehrer, und zudem trauen wir den jungen Menschen auch zu, nach eigenen Lösungen zu suchen. Es braucht nicht immer die Erwachsenen, die sich überlegen, wie Kinder und Jugendliche das politische und gesellschaftliche Leben mitgestalten sollen. Demokratie beginnt nicht erst mit 18 und hört auch nicht mit 18 auf. Ein Leserbrief widerspiegelt nicht immer die Volksmeinung; Lösungen sind gemeinsam zu suchen. Wer mitbestimmt, sollte auch Verantwortung tragen und für sein Handeln verantwortlich gemacht werden können. Die Jugendlichen sollten dort eingebunden werden, wo es Sinn macht. Die Volljährigkeit noch weiter herunterzuschrauben ist auch keine Lösung. Meine Volljährigkeit begann mit 20, als ich bereits mein eigenes

Einkommen verdiente. Mit 18 sind die heutigen Jugendlichen meist noch auf die Unterstützung ihrer Familie angewiesen und nicht alle sind sich ihrer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft bewusst. Dass es auch da sehr viele Ausnahmen gibt, ist uns auch bewusst. Eigentlich müsste sich jeder in irgendeiner Form politisch oder gesellschaftlich engagieren, sei es in einer Partei, sei es in einem Verein oder zum Beispiel in einer sozialen Institution. Partizipations- und Plattformen, wo man sich in unserer Gesellschaft einbringen kann, gibt es genug. Leider findet man allgemein immer weniger Menschen, die sich ehrenamtlich einbringen wollen, nicht nur Junge, sondern auch Ältere. Ein Rezept, damit sich die Menschen mehr engagieren, gibt es aber nicht.

Die Mehrheit der OeBS/CVP/EVP-Fraktion lehnt das Postulat aus den vorgetragenen Gründen ab, aber auch, weil das Anliegen zu allgemein gehalten ist, und wir uns nicht vorstellen können, wie es sinnvoll und zweckmässig umgesetzt werden soll. “

Ernst Spengler (SVP)**SVP/EDU-Fraktionserklärung**

”Wenn ich den Titel dieses Postulats lese, muss ich sagen, alter Wein in neuen Schläuchen. Nun zu den Kindern: Hochdeutsch im Kindergarten, Frühfremdsprachenunterricht in der Schule, jetzt Vereinnahmung für die Politik - wenn das so weiter geht, werden die Kinder eines Tages in der Geburtsabteilung des Kantonsspitals mit einem Computer ausgerüstet. Stehlen Sie doch den Kindern nicht die unbeschwerten Jahre und lassen Sie sie ihre Kindheit geniessen. Zu den Jugendlichen: Wir haben Jungparteien, diese wurden nicht von oben verordnet und haben keine Altersbegrenzung nach unten; sie sind aktiv. Früher hatten wir ein Jugendparlament und daraus sind einige Vollblutpolitiker hervorgegangen. Wir haben von SR Jeanette Storrer gehört, dass ein solches Jugendparlament wieder im Aufbau ist, und darüber freuen wir uns. Interesse an Politik kann nicht von oben herab verordnet werden, deshalb lehnt die SVP/EDU-Fraktion dieses Postulat ab. “

Christine Thommen (FDP)**FDP-Fraktionserklärung**

”Die FDP-Fraktion geht mit vielen Ausführungen im vorliegenden Postulat von Andi Kunz einig. Wir sind insbesondere auch der Überzeugung und setzen uns dafür ein, dass Kinder und Jugendliche ins politische und gesellschaftliche Leben eingebunden werden. Das liegt auch mir als Präsidentin der Kantonalen Jugendkommission ganz besonders am Herzen. Nicht gleicher Meinung sind wir aber in der Frage, wie ein vermehrter Einbezug aufzugleisen ist, und nicht einig gehen wir auch mit der Einschätzung des Postulanten bezüglich Ist-Zustand.

Beginnen wir mit dem Ist-Zustand, und da bei unseren Schulen: Politische Bildung, meines Erachtens ein Grundstein fürs Wecken von politischem Interesse, findet an unseren Schulen auf allen Stufen statt. Der Schaffhauser Lehrplan setzt Lernziele, die eine taugliche Basis für einen Unterricht darstellen, der die Schülerinnen und Schüler zu demokratiefähigen jungen Menschen ausbildet. Zu jungen Menschen also, die mit einem ausreichenden Grundverständnis für das Funktionieren von Staat und Politik und mit einem soliden Instrumentarium für eine aktive Partizipation am politischen Leben ausgestattet sind. Dieser gesellschaftspolitisch wichtige Auftrag wird also in den Schulen aller Stufen wahrgenommen. Und das scheint insbesondere in den letzten Jahren ganz offensichtlich auch Erfolg zu haben, denn die Bereitschaft der Jugendlichen, Parteien beizutreten und in ihnen mitzuwirken, nimmt entgegen der Behauptung des Postulanten nicht ab, im Gegenteil: Die Jungparteien erleben in der letzten Zeit einen wahren Boom. Auf eidgenössischer, aber auch auf kantonaler

und kommunaler Ebene sind zahlreiche JungpolitikerInnen aktiv.

Im Bundesparlament waren im Wahljahr 2007 11% der Gewählten zwischen 18 und 39 Jahre alt, also jung beziehungsweise zumindest noch relativ jung, insbesondere für solch ein eidgenössisches Amt. Der Vergleich mit den Zahlen aus den Wahljahren davor zeigt hier eine deutliche Verbesserung: 1991 waren es erst 9,5%, 1995 und 1999 gar nur 7,0% und 2003 wiederum erst 9,5% der Gewählten, die dieser untersten Alterskategorie angehörten. Also ein erfreulicher Trend, der die vom Postulanten manifestierte abnehmende Mitwirkungsbereitschaft widerlegt. Im Kanton Schaffhausen haben wir mit den Jungfreisinnigen, der JSVP, der JuSo, der AL und der noch jungen JCVP, die erst grad im Oktober letzten Jahres gegründet wurde, sehr viele und sehr aktive Jungparteien. Auch diese äusserst erfreuliche Tatsache widerspricht den Darlegungen des Postulanten. Wenn ich hier in die Runde schaue, hat es doch einige, die jung oder zumindest noch einigermaßen jung sind. Weiter wird noch in diesem Jahr auf Eigeninitiative einiger Jugendlicher selber ein Jugendparlament Schaffhausen gegründet werden. Das Jugendparlament soll eine Plattform zur Jugendpartizipation mit Einflussmöglichkeiten auf die Alltagspolitik sein. Es soll politisch interessierten Jugendlichen zwischen 14 und 26 Jahren die Möglichkeit bieten, sich über politische Prozesse und demokratische Spielregeln, Mitwirkungsmöglichkeiten und aktuelle politische Herausforderungen zu informieren. Die Ziele des Jugendparlaments sind gemäss Konzept entsprechend:

- Förderung von politischer Partizipation und Kreierung kreativer Outputs
- Politische Bildung und jugendgerechte Abstimmungsinformationen
- Kontakte unter Jungpolitikern und mit gestandenen Berufspolitikern
- Motivation für das künftige politische Engagement

Was ist das Erfolgsrezept dieser eben genannten Beispiele?

1. In den Schulen müssen das politische Interesse geweckt und die Fähigkeit zu aktiver Partizipation vermittelt werden (und natürlich sollte das auch im Elternhaus geschehen, doch haben wir darauf keinen Einfluss, weshalb ich da nicht näher drauf eingehe).
2. Es muss bekannte Ansprechpartner geben, die Kindern und Jugendlichen helfen, politische und gesellschaftliche Mitwirkungsambitionen umzusetzen.
3. Über die politische Bildung in den Schulen hab ich eingangs schon Ausführungen gemacht.

Ansprechpartner, die Kindern und Jugendlichen helfen, politische und gesellschaftliche Mitwirkungsambitionen umzusetzen, sind ebenfalls da: Beispielsweise die kantonale Jugendkommission (wo übrigens auch der Beauftragte für Jugendfragen der Stadt Schaffhausen vertreten ist). Die kantonale Jugendkommission unterstützt die Drahtzieher des Jugendparlaments tatkräftig und tut dies natürlich auch bei entsprechenden kommunalen Bestrebungen.

Auf städtischer Ebene nimmt insbesondere die Jugendarbeit eine wichtige Funktion ein. Ich zitiere aus der neuen Homepage der Jugendarbeit, die ich hiermit empfehle anzuschauen (www.jash.ch): *„Die Jugendarbeit der Stadt Schaffhausen ist eine Fachstelle der offenen Jugendarbeit, eingebettet in die Abteilung Quartier- und Jugend mit den weiteren Ressorts Jugendberatung, Schulsozialarbeit und Quartierarbeit. Die Jugendarbeiterinnen und -arbeiter sind regelmässig im öffentlichen Raum der Stadt unterwegs und bieten so niederschwellige Kontaktmöglichkeiten an. Angebote, Programme und Projekte der Jugendarbeit*

widmen sich gelingender Freizeitgestaltung und der persönlichen Entwicklung. Wichtige Themen dabei sind Spiel, Sport, Gesundheit, Jugendkultur, soziale Kontakte und Integration. Im Vordergrund steht hierbei ein partizipatives Zusammenarbeiten, so dass das nonformale und informelle Lernen im Sinne einer breiten Jugendförderung zum Tragen kommt.“

Die Jugendarbeiterinnen und Jugendarbeiter sind also nah an den Jugendlichen dran, beziehen diese direkt ein und sind direkte Ansprechpartner für deren Ideen. Weiter gibt es in der Stadt auch einen Beauftragten für Jugendfragen. Diese Funktion ist im Bereich Soziales in den Leitungsauftrag der offenen Jugendarbeit integriert. Der Beauftragte für Jugendfragen ist Anlaufstelle für Fragen, welche Jugendliche im öffentlichen Raum, Jugendliche in ihrer allgemeinen Entwicklung und die städtische Jugendpolitik betreffen. Der Beauftragte für Jugendfragen kann bei Planungen und Projekten, welche Auswirkungen auf die Lebenswelt der Jugendlichen haben, jederzeit kontaktiert werden. Und darüber hinaus nicht vergessen dürfen wir auch die kurzen Wege, die in unserer „chliine Stadt“ direkt zu den zuständigen Stadträten führen und offenbar auch von Jugendlichen oft begangen werden.

Ich komme daher zum Fazit, dass wir in der Stadt gute Voraussetzungen für die Partizipation von Kindern und Jugendlichen am politischen und gesellschaftlichen Leben haben, und dass diese von den Jugendlichen auch genutzt wird. Viele der vom Postulanten aufgezählten Beispiele wie Jugendbeauftragter, Jugendparlament, offene Jugendarbeit haben wir bereits, beziehungsweise sind, betreffend Jugendparlament, im Entstehen.

Der Postulant zeigt nun nicht auf, an was es in der Stadt Schaffhausen konkret fehlt und wie sich das bemerkbar macht. Er spricht allgemein von Politikverdrossenheit. Ob eine allgemeine Politikverdrossenheit heute in besonderem Mass besteht, bezweifle ich, insbesondere im Kanton Schaffhausen ist die Wahl- und Abstimmungsbeteiligung nach wie vor überdurchschnittlich hoch. Aber grad bei den Jugendlichen bezweifle ich diese Politikverdrossenheit nicht nur, ich sehe sie schlicht nicht. Die eingangs dargelegten Tatsachen beweisen das Gegenteil. Insbesondere auch unter diesen Vorzeichen kann es meines Erachtens nun nicht Aufgabe des Stadtrates sein, hier im Auftrag des Parlaments noch irgendwelche weiteren Möglichkeiten quasi „top down“ zu kreieren. Nachhaltige und bedarfsgerechte Partizipation muss vor allem auch „bottom up“ entstehen, und „up“ muss dann da sein, um die Ideen von „down“ aufzunehmen. Wie an einigen Beispielen gezeigt, funktioniert das in der Stadt so und bestehen mit Jugendarbeit, Beauftragtem für Jugendfragen, Jugendkommission, aber auch den kurzen Wegen zum Stadtrat direkte „up“-Ansprechpartner, bei denen die Jugendlichen mit ihren Anliegen auf offene Ohren und unterstützende Hände stossen.

Wie gesagt, es ist meines Erachtens nicht Aufgabe des Stadtrates, es kann durchaus eine Aufgabe von uns Parlamentariern sein, hier einen Beitrag zu leisten. Auch das hat Stadträtin Jeanette Storrer angesprochen. Seit ich hier in diesem Parlament bin, war noch nie eine Schulklasse auf der Zuschauertribüne.

Lieber Andi Kunz, ich wäre sofort dabei, wenn wir eine überfraktionale Gruppe bilden, die sich dieser Thematik annimmt. Wir haben einige Lehrpersonen und einige Schulräte in unserem Rat, die entsprechende Schulbesuche aufgleisen könnten. Die Schulklassen könnten von uns Parlamentariern in dem Sinne betreut werden, dass wir sie vor der Ratssitzung in den Ratsbetrieb einführen und ihnen im Anschluss daran für Fragen zur Verfügung stehen. Wie gesagt, ich wäre da sofort mit von der

Partie und meine Fraktionsgspänli sicher auch.

Aus all den dargelegten Überlegungen ist die FDP-Fraktion daher ganz klar für eine starke Partizipation von Kindern und Jugendlichen am politischen und gesellschaftlichen Leben und ist erfreut über den Ist-Zustand in der Stadt. Für eine weitere Verbesserung bieten wir sicher und wie gesagt gerne Hand, aber dieser Vorstoss ist nicht der richtige Weg. Die FDP-Fraktion spricht sich daher gegen die Überweisung des Postulats aus. “

Urs FÜRER (SP)

SP/AL-Fraktionserklärung

”Ich habe mir im Verlauf der heutigen Diskussion vier Notizen gemacht, die ich kurz erläutern möchte:

1. Die Ablehnung, weil das Postulat zu offen formuliert ist: Das finde ich eine ganz schlechte Begründung. Wäre es enger formuliert, würde es wahrscheinlich abgelehnt, weil es zu eng formuliert wurde. Es ist für mich kein Argument, das Postulat abzulehnen.
2. Im Kanton Schaffhausen und in der Stadt Schaffhausen haben wir einige sehr erfolgreiche Sportvereine, in denen Junioren gefördert werden. Dort spricht man nicht von Eigenverantwortung, es wird als selbstverständlich vorausgesetzt, dass sie ihre Jungen fördern, diese gross ziehen und im Interesse der Vereine stärken.
3. Das Jugendparlament wurde erwähnt: Es wartet auf ein Zeichen aus diesem Rat, dass wir dahinter stehen und diese Idee unterstützen, um die politische Partizipation von Kindern und Jugendlichen - und nicht der Jungparteien, deren Vertreter meistens keine Jugendlichen mehr sind, sondern junge Erwachsene - zu fördern.
4. Das ist nämlich das Hauptanliegen dieses Postulats, die aktive Partizipation von Kindern und Jugendlichen, die wir heute Abend mit einem positiven Zeichen aus diesem Rat unterstützen können.

Ich bitte Sie, das Postulat zu überweisen. “

Simon Stocker (AL)

Votum

”In diesem Thema sind die Präsidentin der Jugendkommission und der Vizepräsident für einmal nicht gleicher Meinung. Der Kanton und die Stadt Schaffhausen haben einen der höchsten Altersquotienten der Schweiz und müssten nicht zuletzt deswegen schon ein grosses Interesse daran haben, Jugendlichen aktive Mitwirkung zu ermöglichen. Genau um das geht es in diesem Vorstoss. Wir haben zwei Seiten, die proaktive Seite, die Andi Kunz vorschlägt, und die passive abwartende Haltung, wie sie verschiedene Votantinnen und Votanten und die Stadträtin einnehmen. Ich mache der Stadt hier den Vorwurf, dass sie den Zufall etwas zu sehr bemüht. Das Jugendparlament, das jetzt gegründet wird, ist eine sehr gute Sache, die ich voll unterstütze. Wenn es allerdings erst in einem Jahr oder gar nicht gegründet würde, fiel die Argumentation des Stadtrats wie ein Kartenhaus zusammen. Ich bin der gleichen Meinung wie Andi Kunz, nämlich, dass wir Jugendliche bereits bei der Planung einbeziehen müssen. Es geht auch um schulische Instrumente, die wir erwähnt haben, aber die eigentlich nur

zufälligerweise in der Schule passieren, weil gerade ein Interesse seitens der Lehrerschaft besteht. Junge Menschen werden durch Partizipationsmöglichkeiten ins politische und gesellschaftliche Leben eingebunden; dadurch wird die Identifikation mit der Wohngemeinde gestärkt. Da richten wir uns gezielt an Jugendliche, die nicht in Jungparteien politisieren, sondern an solche, die eigentlich kein Interesse und auch keinen direkten Zugang zur Politik haben. Diese müssen wir ansprechen und engagieren können. In der neuen Stadtverfassung, in Artikel 4, wird diesem Umstand Rechnung getragen: *„Die Stadt verpflichtet sich bei der Planung und Erfüllung öffentlicher Aufgaben, betroffene Bevölkerungsgruppen einzubeziehen.“*

Ich anerkenne die bisherigen Massnahmen und Bemühungen der Stadt Schaffhausen sehr; es gibt professionelle Strukturen, das haben wir heute Abend gehört, und bereits da und dort sind Möglichkeiten geschaffen worden. Meiner Ansicht nach passiert dies eher per Zufall und unkoordiniert, es steckt keine Strategie dahinter. Einige Schulen haben einen Schülerrat, andere nicht; in einigen Quartieren werden die Jugendlichen in den Spielplatzbau einbezogen, in anderen aber nicht. Wenn es der Stadtrat mit der Partizipation ernst meint, und in diesem Sinne die neue Stadtverfassung leben möchte, steht der Überweisung dieses Postulats nichts im Weg. Ich bitte Sie daher um Überweisung des Vorstosses. “

Urs Tanner (SP)**Votum**

„Liebe Gegnerinnen und Gegner, mit Verve haben Sie bewiesen, dass die Erde eine Kugel ist - nur wussten wir das schon vorher. Es geht um Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Sie haben heute Abend mit viel Atem und Sauerstoff bewiesen, dass dem so ist, teilweise mehr und teilweise weniger. Was Christine Thommen vorgelesen hat, ist absolut richtig. Ich komme auf das Wort Partizipation zu sprechen. Die Stadträtin will Zuschauer auf der Tribüne, das ist keine Partizipation, sondern Konsum, und zwar ein langweiliger; zuhause ist es wahrscheinlich spannender. Ich habe einmal eine Schulklasse auf der Tribüne gesehen, das war anlässlich der Debatte meines ganz schlimmen Vorstosses zu Schuluniformen, Sie erinnern sich vielleicht daran. Wir können doch die Kinder und Jugendlichen nicht zwingen, uns Langweilerinnen und Langweilern zuzuhören. Vergessen Sie die Kinder nicht, meine sind im Alter zwischen 9 und 15 Jahren, sie sind also jünger als 35. Irgendwann einmal geht die juvenile Phase vorbei. Wir sind integriert, das Mittelalter und die Älteren. Die UNO-Kinderrechtskonvention schreibt schon noch einiges vor. Kinder könnten zum Beispiel über die Gestaltung ihrer Umwelt integriert werden. Das von unserem relativ jugendlichen Kollegen aus der AL-Fraktion eingereichte Postulat gäbe einiges an Gestaltungsraum. Würgen Sie diesen Vorstoss doch bitte nicht zu früh ab, auch wenn alle jetzt auf die Beratung meiner Motion warten.“

Iren Eichenberger (OeBS)**Votum**

„Ich hoffe sehr, dass der Vorstoss von Urs Tanner heute nicht mehr diskutiert wird. An dieser Stelle möchte ich noch etwas los werden: Ich bin sehr im Zwiespalt. Ich habe den Eindruck, dass Theresia Derksen und alle anderen, die jetzt beschimpft wurden, etwas sehr Wichtiges sagten, nämlich dass die Partizipation von Jugendlichen nicht an den Haaren herbeigezogen werden kann. Trotzdem denke ich, dass es eine grosse Aufmerksamkeit dafür braucht, wo Jugendliche wirklich gefragt sind und wo sie etwas zu sagen haben. Ich möchte an dieser Stelle ein Beispiel erwähnen, wo die Stadt vorbildlich gehandelt hat. Bei der Projektentwicklung Rheinufergestaltung hat Cyrill Häring, der damalige Projektleiter, gezielt Schülerinnen und Schüler des KV angesprochen und einbezogen. Er hat im Vorfeld

immer wieder erwähnt, wie wichtig und absolut zwingend dies sei, zumal die Jugendlichen das Publikum von morgen sind; sie müssen bestimmen, wie es in Zukunft aussehen soll. Die Schülerinnen und Schüler haben mit Passanten Interviews geführt und sie zu verschiedenen Punkten befragt. Das bedeutet für mich Partizipation, weil ich merke, dass Leute, die sich aktiv in einen Prozess einbringen, wirklich auch innerlich am Geschehen beteiligt sind. Der Vorstoss von Andi Kunz ist trotzdem nötig, wir müssen eine Verpflichtung haben. Auf eine Homepage kann alles geschrieben werden, ich kann beispielsweise auf unserer Homepage einen Jugendstamm ins Leben rufen - ob je jemand erschienen ist, wird niemand erfahren, und wir sind aus dem Schneider. Ich bin älter als 35 Jahre und glaube nicht mehr alles und werde diesem Vorstoss zustimmen. "

Andi Kunz (AL)

Schlusswort

"Vielen Dank für Ihre Wortmeldungen. Ich werde mich kurz halten, weil einige meiner Vorredner auch schon Argumente von mir aufgenommen haben. Es ist schade, wenn verschiedene Ebenen und Ideen gegeneinander ausgespielt werden. Nur weil ein Jugendparlament auf kantonaler Ebene entsteht, heisst das noch lange nicht, dass es etwas Ähnliches in der Stadt nicht auch geben könnte, und Jugendliche von "unten" mit der Nachfrage an die Stadt kommen. Das ist eine sehr gute und unterstützenswerte Initiative von "unten". Es sollte aber nicht heissen, dass die Stadt nicht proaktiv wirken könnte. Daniel Preisig hat es gesagt, es geht darum, dass Jugendliche und Kinder die Möglichkeit haben, sich einzubringen. Da hat die Stadt noch Entwicklungspotenzial. Wenn ich Christine Thommen zuhöre, könnte man fast meinen, hier sei das kleine Paradies für Kinder und Jugendliche. Man darf nicht vergessen, dass der Vorstoss nur einen Prüfungsauftrag erteilt; ich verstehe nicht ganz, wovor man Angst hat. Zu entdecken, dass man wohl nicht ganz perfekt ist?"

Zu Iren Eichenberger: Ich finde es gut, dass du den Mitwirkungsprozess Rheinufergestaltung angesprochen hast. Das ist aber trotz allem der einzige Mitwirkungsprozess, an dem Kinder und Jugendliche explizit einbezogen wurden. Da hat die Stadt Nachholbedarf, und darum geht es in meinem Postulat. "

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat erklärt das Postulat mit 19:14 Stimmen nicht erheblich.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 3 Motion Urs Tanner (SP): Mitteltransparenz bei Abstimmungen und Wahlen

Urs Tanner (SP)

Begründung

"Jetzt können Sie mit diesem Traktandum das Juwel Demokratie mitgestalten und mitschleifen.

1. Gute Traditionen und schlechte Traditionen:

Wir haben gute Traditionen, gute Gesetze und gute Verordnungen. Wir verlangen von der Politik und der Verwaltung klugerweise Öffentlichkeit und haben hierfür auch gesetzliche Grundlagen, zum Beispiel das Bundesgesetz über das

Öffentlichkeitsprinzip der Verwaltung und im Kanton den Verfassungsartikel 47, der auch Öffentlichkeit garantiert. Wo wir aber schlechte Traditionen pflegen und kein Vorbild sind, ist die Politikfinanzierung. Warum ist das ein Problem, ist das nicht Privatsache? Grundsätzlich ja. Woher das Geld für Ihr Velo, Ihr Auto, Ihr Haus stammt, kann uns und dem Staat eigentlich egal sein, ausser es ist ein Fall des GwG, also Geldwäscherei. Es ist auch keine Neiddebatte, wie es von Richterseite oft unterstellt wird; es ist eine Debatte um eine noch bessere Demokratie. Professor Martina Caroni: *„Problematisch wird es dann, wenn die Geldbeschaffung durch die politischen Akteure zum Verlust des Vertrauens in das Funktionieren des demokratischen Prozesses führt. Wo der Verdacht besteht, dass die Bürgerinnen und Bürger durch geschicktes Marketing manipuliert werden beziehungsweise dass mit Geld der Zugang zur politischen Diskussion oder gar der Ausgang einer Wahl oder Abstimmung erkaufte werden kann, wird das Vertrauen in den politischen Prozess abbröckeln und letztlich zu demokratischer Apathie beziehungsweise politischem Desinteresse führen. Auf Dauer wäre dies für eine lebendige Demokratie fatal.“*

Dazu kommt noch, dass ganz allgemein in der Schweiz das Thema Geld grundsätzlich tabu ist. Ein Ruderkumpell aus meiner Jugend pflegte zu sagen, über Geld redet man nicht, das hat man.

2. www.unbestechlich.ch:

Ich bin ja nicht der einzige, der sich in Sachen Transparenz und Juwel Demokratie Gedanken macht. Ein junger unbestechlicher Nationalrat der SVP lancierte die eidgenössische Volksinitiative „Für die Offenlegung der Politiker-Einkünfte (Transparenz-Initiative)“ :

Art. 161a (neu) Offenlegungspflichten

¹ *Bei Amtsantritt und jeweils auf Jahresbeginn unterrichtet jedes Mitglied des National- und des Ständerats über: a. seine beruflichen Tätigkeiten; b. seine in Zusammenhang mit dem Mandat stehenden Nebeneinkünfte und erhaltenen Geschenke nach Geldwert und Herkunft.*

² *Die Parlamentsdienste überprüfen die Richtigkeit der Angaben der Ratsmitglieder. Sie erstellen ein öffentliches Register.*

³ *Ratsmitglieder, die durch einen Beratungsgegenstand in ihren persönlichen Interessen betroffen sind, weisen auf diese Interessenbindung hin, wenn sie sich im Rat oder in einer Kommission äussern.*

⁴ *Verletzt ein Ratsmitglied die Offenlegungspflichten, so wird es bis zum Rest der Amtsdauer aus sämtlichen Kommissionen ausgeschlossen.*

⁵ *Abstimmungen in den Räten sind so zu gestalten, dass die Öffentlichkeit Kenntnis erhält, wie das einzelne Mitglied gestimmt hat.*

⁶ *Das Gesetz kann weitere Offenlegungspflichten vorsehen. Es regelt die Einzelheiten.*

Auch ein interessanter Ansatz, den ich voll unterstütze (auch wenn der junge Herr das Thema Parteienfinanzierung elegant umschiffte, aber dafür sind ja wir da).

3. Kleine Geschichte über Moral und Geld:

Original Tagesanzeiger: Der Star der Klimawandel-Skeptiker, Dr. Willie Soon, hat immer grosse Auftritte, letzthin auch bei der amerikanischen Tea Party-Bewegung, mit folgender Eröffnung: *„Ich bin Wissenschaftler! Und als solcher habe ich die schlechte Angewohnheit, extrem hart zu arbeiten und Überstunden für eine miserable Bezahlung zu machen. Und dann den Leuten die Wahrheit zu erzählen.“*

Und nichts als die Wahrheit. “

Das konnte Dr. Soon aber nicht im Ernst behaupten. Immerhin hatte er – wie Greenpeace diese Woche herausfand – in den letzten 10 Jahren zusätzlich zu nicht gerade moderaten Professorengelohn noch mehr als eine Million Dollar erhalten, von Ölfirmen wie Exxon, von Kohle- und Stromkonzernen finanziert. Soons Job war, Zweifel zu sähen. Die Studien wurden von Kollegen in der Luft zerrissen, sie seien grob fehlerhaft und so weiter. Die Moral daraus dürfen Sie logischerweise selbst herausfinden, das schreibe ich Ihnen nicht vor. Das Sprichwort: “Wess Brot ich ess, dess Lied ich sing” kennen Sie und den “Besuch der alten Dame” von unserem Altmeister Dürrenmatt wohl ebenfalls.

4 Transparenz:

Die Finanzierung von politischen Parteien ist zum heutigen Zeitpunkt ein äusserst unregelter und intransparenter Teil des politischen Geschehens in der Schweiz. Einzig in den Kantonen Tessin und Genf gibt es seit 1998, beziehungsweise 1999 Gesetze, welche die Offenlegung von Parteispenden regeln. Bemühungen, ähnliche Verfahren auf nationaler Ebene durchzusetzen, scheiterten jeweils an der Parlamentsentscheidung. Eine Initiative ist unterwegs, parallel zu der SVP-Initiative. Die unregelte Parteienfinanzierung und fehlende Transparenz macht die Schweiz zu einem Sonderfall im internationalen Vergleich. Das Kernproblem besteht darin, dass die Quellen der Finanzierung nicht bekannt gegeben werden. Dadurch können einerseits Spenden von fragwürdigen Personen oder Institutionen angenommen werden. Andererseits kann dadurch Missbrauch von Parteigeldern und Korruption Vorschub geleistet werden. Solche Praktiken oder nur schon bestehende Vermutungen führen unweigerlich zu einer Gefährdung unserer Legitimation. Ein weiteres gravierendes Problem ist die mögliche finanzielle Abhängigkeit politischer Parteien von kapitalkräftigen Interessengruppen.

4. Verlangte Verordnung:

Erlass einer Verordnung, in welcher geregelt werden sollte, dass

- Einzelspenden bei kommunalen Wahlen und Abstimmungen über CHF 1'000.-
- durch juristische und natürliche Personen an Abstimmungskomitees und Parteien sollen offen gelegt werden,
- statutarische Beiträge an Parteien ausgenommen sind,
- Globalbudgets innerhalb zwei Monate nach der jeweiligen Wahl respektive Abstimmung offen zu legen sind,
- die Offenlegung auf der Internetseite der Stadt Schaffhausen durchzuführen ist.

Was wir verlangen ist einfach, unbürokratisch, transparent und zukunftsweisend. Konkrete Beispiele:

- Abstimmung Steuersenkung 2010 (von uns Kahlschlag genannt)
- Wie gross war das Budget der Gegner? Hat Altstadtpräsident X CHF 2'000.-- springen lassen?
- Haben die Banken den Jungfreisinn gesponsert?
- Abstimmung Internationale Schule? Hatten die Befürworter ein zehnfach grösseres Budget und von wem finanziert?
- Abstimmung freier Platz: Hat Architekt X CHF 2'000.-- gesponsert, warum, warum, weshalb, wie viel?
- Abstimmung NasPo: Welcher Professor finanzierte mit welchem Geld was?

Das sind Beispiele, über die man diskutieren muss - auch wenn Sie jetzt darüber lachen - wenn man Demokratie transparent und offen machen will; die Hürden sind doch relativ klein. Ich freue mich auf Ihre Unterstützung und wie immer sicher konstruktive Kritik. "

SR Peter Kämpfer**Stellungnahme SR**

"Ich verlese Ihnen - ebenfalls in Stellvertretung des abwesenden Stadtpräsidenten Thomas Feurer - die Stellungnahme des Stadtrats zur Motion von Urs Tanner. Er spricht mit seiner Motion ein aktuelles Thema an, denn die Offenlegung von Parteispenden wird auf Bundes- und Kantonsebene diskutiert. Auch der Schaffhauser Kantonsrat hat sich mit der Frage der Transparenz der Mittelherkunft befasst. Er hat eine Motion mit ähnlicher Stossrichtung von Kantonsrat Daniel Fischer am 23. Mai 2011 mit 28 gegen 22 Stimmen als nicht erheblich erklärt. Die regierungsrätliche Stellungnahme zur Motion Daniel Fischer enthält eine einlässliche Bestandesaufnahme der heutigen Situation in Bund und Kantonen, die im entsprechenden Kantonsratsprotokoll zu finden ist. Deshalb kann ich mich auf eine kurze Zusammenfassung in drei Punkten beschränken:

1. Auf Bundesebene gibt es keine Vorschriften zur Offenlegung von Spenden für Parteien sowie für Abstimmungs- und Wahlkämpfe. Allerdings wird mit der am 8. Juni dieses Jahres offiziell lancierten Transparenz-Initiative eines überparteilichen Komitees zumindest ein Teilaspekt der heute zur Diskussion stehenden Problematik zum politischen Thema.
2. Auf kantonaler Ebene kennen nur die beiden Kantone Genf und Tessin entsprechende Regelungen, wobei die Regelung im Tessin bisher wenig Wirkung gezeigt hat. Das Genfer Modell scheint demgegenüber gut zu funktionieren. Sämtliche Spenden für kommunale, kantonale oder nationale Abstimmungen und Wahlen müssen offengelegt und von einem unabhängigen, vom Kanton anerkannten Treuhänder überprüft werden. Die Spender können in einem öffentlichen Register eingesehen werden. Im Gegenzug zur Offenlegung erhalten die Parteien, welche im Genfer Kantonsparlament vertreten sind, vom Kanton jährliche Unterstützungsbeiträge.
3. Auf kommunaler Ebene bestehen soweit ersichtlich noch keine entsprechenden Vorschriften. Allerdings gilt die Genfer Regelung auch für Unterstützungszahlungen auf Gemeindeebene. In der Stadt Bern wurde im Jahr 2003 eine Revision des Reglements über die politischen Rechte abgelehnt. Sie hätte Beiträge an die im Parlament vertretenen politischen Parteien in der Höhe von 5 Rappen pro Stimme eingeführt. Die Beiträge waren verbunden mit einer Pflicht der Parteien zur Offenlegung der Herkunft und der Verwendung ihrer Mittel. 52,9% der Stimmberechtigten sprachen sich gegen das Reglement aus.

Die pro und kontra Argumente in den Diskussionen sind in Bund, Kantonen und Städten dabei im Wesentlichen die gleichen: Von den Befürworterinnen und Befürwortern wird der verfassungsmässige Anspruch auf eine unverfälschten Willensbildung ins Feld geführt. Er verlange es, dass die Stimmberechtigten darüber informiert würden, wer finanziell hinter Kandidaturen oder Kampagnen für Sachabstimmungen stehe. Die Kenntnis der Finanzierungsquellen ermögliche den

Stimmberechtigten, Interessenbildungen zu erkennen und daraus die ihnen nötig erscheinenden Schlüsse für ihr Wahl- und Abstimmungsverhalten zu ziehen.

Seitens der Gegnerschaft wird darauf hingewiesen, dass eine Pflicht zur Offenlegung der Unterstützungsleistungen die Bereitschaft verringern würde, sich finanziell für politische Anliegen einzusetzen. Zudem sei zweifelhaft, ob mit einer gesetzlich statuierten Offenlegungspflicht wirklich eine umfassende Transparenz über die Finanzierungsquellen politischer Akteure erreicht werden kann. Befürchtet werden kontraproduktive Effekte, beispielsweise der vermehrte Eingang anonymer Spenden. Es sei zudem davon auszugehen, dass es kaum eine Regelung gebe, welche nicht Umgehungsmöglichkeiten biete. Weiter wird ins Feld geführt, dass die Offenlegung von Parteispenden in einem gewissen Spannungsverhältnis zu den verfassungsmässig garantierten Rechten, wie persönliche Freiheit oder Stimmgeheimnis, stehe.

Bei der Abwägung zwischen den entgegenstehenden Interessen handelt es sich nach Auffassung des Stadtrates um eine politische Grundsatzfrage. Diese muss primär das Stadtparlament als Vertretung der Stimmberechtigten und der Parteien entscheiden. Der Stadtrat verzichtet daher bewusst auf eine Empfehlung in der einen oder anderen Richtung.

Trotzdem sei abschliessend auf zwei Punkte hingewiesen, die im Zusammenhang mit dem Entscheid eine gewisse Bedeutung haben dürften: Zum einen ist darauf hinzuweisen, dass das Bedürfnis nach einer Regelung auf den verschiedenen Ebenen unseres Bundesstaates unterschiedlich dringlich sein dürfte. Auf Bundesebene haben die Abstimmungskampagnen der jüngeren Vergangenheit gezeigt, dass private Gelder in grosser Höhe investiert wurden. Es sei hier beispielsweise an die Steuergerechtigkeitsinitiative oder die Minarett-Initiative erinnert, aber auch die Problematik von Zahlungen von Grossunternehmungen an schweizerische Parteien kurz vor wichtigen Entscheidungen in wirtschaftsrechtlichen Gesetzgebungsverfahren. Auch auf kantonaler Ebene ist eine gewisse Intensivierung der bezahlten Werbekampagnen festzustellen.

Auf städtischer Ebene ist das Phänomen jedoch bisher wenig zutage getreten. Zudem sind dank der neuen liberaleren Plakatierungsregelung in der Stadt die Plakatierungskosten für Parteien, Initiativ- und Referendumskomitees verhältnismässig gering, sofern die interessierten Kreise die Aufgabe mit freiwilligen Helferinnen und Helfern erledigen können. Die Fragestellung ist daher auf kommunaler Ebene eher weniger gewichtig als auf eidgenössischer oder kantonaler Ebene.

Zum andern ist aber auch festzuhalten, dass eine Regelung rechtlich möglich ist, wie die Beispiele der Kantone Tessin und Genf zeigen. Sie kann – auch das zeigen die Beispiele Tessin und Genf – je nach Ausgestaltung und vor allem Umsetzung, mehr oder weniger toter Buchstabe bleiben oder eine gewisse Wirkung zeigen, wenn die Umsetzung kontrolliert und allenfalls sanktioniert werden kann.

Gesetzestechisch müsste eine Regelung in einem so genannten formellen Gesetz enthalten sein, also in einem Erlass, der dem obligatorischen oder fakultativen Referendum untersteht. Im städtischen Recht ist dies entweder die Stadtverfassung oder eine dem fakultativen Referendum unterstehende Verordnung des Grossen Stadtrates. Weiter müsste eine Regelung verhältnismässig ausgestaltet werden und dürfte übergeordnetem Bundesrecht oder kantonalem Recht nicht widersprechen.

Zusammenfassend kann ich daher die Haltung des Stadtrates wie folgt festhalten:

- Der Stadtrat enthält sich einer direkten Stellungnahme, da es sich um ein ureigenes Geschäft der gesetzgebenden Ebene handelt.
- Direkte Vergleiche und Erfahrungen mit diesbezüglichen Regelungen auf kommunaler Ebene sind aufgrund der Kompensationszahlungen im Fall Genf nur bedingt vorhanden.
- Die Offenlegung sämtlicher Spenden dürfte einen relativ grossen bürokratischen Aufwand mit sich bringen. Mit einer deklarationsfreien Limite bei den Unterstützungsleistungen (zum Beispiel für Spenden bis CHF 1'000.--) könnte dieser aber in vertretbaren Grenzen gehalten werden.

Martin Egger (FDP)

FDP-Fraktionserklärung

"Ganz generell sind Bestrebungen um mehr Transparenz bei der Parteienfinanzierung löblich und die Probleme der intransparenten Finanzierung sind heute bei fast allen Parteien erkannt worden. Diverse Vertreterinnen und Vertreter von links bis rechts haben dazu Vorstösse auf eidgenössischer Ebene und in diversen Kantonen - auch in Schaffhausen - eingereicht. Wir stehen dem Vorhaben allerdings skeptisch gegenüber. Die Offenlegung der Parteifinanzierung hätte lediglich eine beschränkte Aussagekraft, weil ein nicht wesentlicher Teil der Einnahmen einer Partei für den Betrieb der Geschäftsstelle und die Infrastruktur verwendet werden. Diese dürfte bei allen Parteien in einem vergleichbaren Rahmen liegen. Eine erweiterte Forderung nach vermehrter Transparenz bei den Ausgaben würde also vor allem Informationen zu Büromieten, Personalkosten oder Aufwendungen für die Administration der Homepage zutage fördern. Dies hätte wohl eine sehr beschränkte politische Aussagekraft. So viel zum Thema Parteienfinanzierung.

Die wirklich interessanten Zahlen betreffen Wahl- und Abstimmungskampagnen und auf diese Offenlegung zielt die vorliegende Motion ab. Doch diese Aufwendungen laufen häufig nicht über die Parteien, sondern werden von Komitees und überparteilichen Unterstützungsgremien zusammen getragen und verwaltet. Abgesehen von der rechtlichen Frage, wie diese Gremien überhaupt zur Offenlegung verpflichtet werden könnten, wäre es mit dem Veröffentlichen der reinen Zahlen auch hier nicht getan, weil ein bedeutender Teil der Kampagnen jeweils in Form von Eigen- oder nicht in Rechnung gestellten Drittleistungen, etwa für die Nutzung der Infrastruktur, erbracht werden. Untereinander vergleichbare Vollkostenrechnungen zu erstellen, wäre mit einem vertretbaren Aufwand praktisch unmöglich. Mit einer gesetzlichen Vorgabe wird das Ziel transparent finanzierter Kampagnen nicht zu erreichen sein. Der Vollzug einer von den Motionären geforderten Verordnung würde zudem einen unverhältnismässig hohen personellen Aufwand nach sich ziehen.

Versuchen könnte man es stattdessen mit einer freiwilligen Selbstdeklaration, zum Beispiel: Diese Kampagne kostet CHF 50'000.--. Finanzierung wird sie durch 584 Personen, 44 Unternehmen und die Verbände XY, die für ein Ja zu dieser Vorlage eintreten. Solche Informationen könnten auf Plakaten und Flyern zu finden sein. Vielleicht erkennen die Parteien und Komitees, dass sie in der öffentlichen Wahrnehmung mit freiwilliger Transparenz punkten können, und es würde sich allmählich eine neue Kultur des Engagements für gesellschaftliche und politische Anliegen bilden.

Die FDP-Fraktion lehnt die Motion ab, da:

- die Aussagekraft der Offenlegung nur beschränkt möglich wäre,
- auf eidgenössischer Ebene bereits diverse Vorstösse hängig sind,
- eine Verordnung nur mit unverhältnismässig hohem personellem Aufwand umsetzbar wäre und
- die FDP zudem Vertrauen in die Bürgerinnen und Bürger haben, dass sie sich von übertriebenen Wahl- und Abstimmungskampagnen nicht kaufen lassen.

Wir bitten Sie, die Motion ebenfalls abzulehnen. “

Till Hardmeier (JFSH)

Bürgerlich-liberale Fraktionserklärung

”Urs Tanner beehrt uns mal wieder mit einem SP-Massenvorstoss. Hoffen wir, dass er im Wahljahr dann doch noch ein paar eigene Ideen in den Rat bringt, denn diese Idee ist schon im Kantonsrat von Zürich und Schaffhausen begraben worden, und wird es in der Stadt und auch auf eidgenössischer Ebene. Unsere Fraktion wollte zum Beispiel bei den Nachtragskrediten Transparenz, da war erstaunlicherweise das Echo im Rat nicht so gross, aber wenn es dem politischen Gegner schadet, ist es natürlich etwas anderes.

Bei diesem Vorstoss geht es der SP und AL natürlich vor allem um die Geldquellen der SVP, die man mit Transparenz verkleinern möchte. Anstatt sich selber anzustrengen und mehr Spenden zu sammeln, versucht man den einfacheren Weg über die Missgunst. Neid, das hat schon Arthur Schopenhauer erkannt, ist aber eigentlich die höchste Form der Anerkennung, und hier geht es meines Erachtens um Neid.

Wettbewerb und Unterschiede sind natürlich Feinde der Ratslinken, deshalb hat die SP auch schon eine Volksinitiative im Köcher: Die Parteienfinanzierung soll wie in Deutschland staatlich werden. Da sind wir natürlich strikt dagegen. Auch ein staatlicher Zwang, die privaten Parteikassenbücher offen zu legen, ist völlig daneben, und diese neue überflüssige Regulierung braucht wieder Personal für Kontrollen. Wir müssen also den Steuergeldhahn für diese Lösung aufdrehen und das politische Milizsystem wird im staatlichen Geldfluss ertrinken.

Unsere Fraktion wird den Vorstoss einstimmig ablehnen. Neben dem Wahlgeheimnis braucht es auch ein Spendegeheimnis, um die Privatsphäre der Bürger zu schützen. “

Alfred Tappolet (SVP)

SVP/EDU-Fraktionserklärung

”Glauben Sie mir, ich politisiere zu lange, um nicht zu wissen, dass wir in der Stadt Schaffhausen unsere Wahl- und Abstimmungsergebnisse nicht kaufen können. Es ist erstaunlich, wie unser Parlament für immer absurdere Ideen missbraucht wird. Da bekommt eine Partei Geld für eine Abstimmung oder eine Wahl. Dieses Geld ist suspekt für Urs Tanner und sollte offen gelegt werden. Nichts einzuwenden und weniger wahltäuschend sollen die statutarischen Beiträge an Parteien sein. Parteien, welche keine Mitglieder in der Exekutive haben und damit keine Mandatsbeiträge in ihre Kassen fliessen, sind auf private Spenden angewiesen. Es wäre eine krasse Ungleichbehandlung, wenn nicht auch die statutarischen Parteibeiträge offen gelegt würden. Bei Wahlen sind wir auf die Mithilfe von Kantonalparteien angewiesen. Im Kanton haben wir diesen Vorstoss abgelehnt. Ich glaube nicht, dass es viel hilft,

wenn ein Kantonsbeitrag offen gelegt wird und man trotzdem nicht weiss, woher er kommt.

Sie sehen, alles zielt nur auf die Ausschaltung von demokratischen Meinungsbildungen ab. Aus purem Neid, weil auf bürgerlicher Seite einige private Spender ausgemacht werden können, will die SP mit allen Mitteln versuchen, diese Spenden versiegen zu lassen. Der Versuch um Offenlegung der Parteienfinanzierung ist im eidgenössischen Parlament gescheitert, ein weiterer Versuch in gleicher Sache ist vom kantonalen Parlament abgelehnt worden. Jetzt will die SP wissen, wer mehr als CHF 1'000.-- für ein Inserat oder für eine Spende an eine Partei ausgibt. Beim Kanton waren es noch CHF 10'000.--, wir in der Stadt sind die Hälfte vom Kanton, das wären eigentlich CHF 5'000.-- und nicht CHF 1'000.--, wenn man richtig rechnen würde. Warum die Grenze bei der Stadt auf CHF 1'000.-- festgelegt wird, müsste uns Urs Tanner noch erklären.

Wie Sie sehen, ein untauglicher Vorschlag, der sicher einem demokratischen Meinungsbildungsprozess entgegen läuft. Ich hoffe, dass in diesem Saal genügend vernünftige Parlamentarierinnen und Parlamentarier sitzen, um diesen Vorschlag abzulehnen. Wir haben ein demokratisches Wahl- und Abstimmungssystem, welches jeder Stimmbürgerin und jedem Stimmbürger an der Urne eine Stimme gibt. Unabhängig davon, ob eine Person einen Beitrag wie Steuern an den Staat abliefert oder ob er vom Staat Geld bekommt. Die Parteien versuchen, möglichst viele Menschen davon zu überzeugen, von diesem demokratischen Recht Gebrauch zu machen. Dazu braucht es Geld und Arbeit. Der Vorstoss von Urs Tanner bewirkt letztlich, dass der Staat seine Abstimmungen selbst organisieren und propagieren muss. Da wären Manipulationen vorprogrammiert.

Der andere Weg wäre die staatliche Parteienfinanzierung. Es ist schlicht unvorstellbar, solche Prozesse in die Wege zu leiten. Darum lehnen Sie bitte diesen Vorstoss ab. Übrigens, es wurde bereits erwähnt, war es erstaunlich, dass sich die SP dagegen ausgesprochen hatte, als die bürgerliche Seite die Offenlegung von Nachtragskrediten wollte. Es müsste eigentlich in der logischen Konsequenz liegen, wenn die SP diesem Vorstoss zugestimmt hätte. Aber eben, das sind zweierlei Sachen.“

Peter Möller (SP)

Votum

„Ich kann es nicht unterlassen, kurz Stellung zu nehmen, nachdem zweimal Geschichtsklitterung im Zusammenhang mit dem Vorstoss betreffend Nachtragskredite betrieben wurde und dieser mit der Motion von Urs Tanner verglichen wird, was so einfach nicht richtig ist. Sobald Sie bereit sind, den Vorstoss in dem Sinne anzunehmen, dass diese Rechnungen der GPK vorgelegt werden, was bei den Nachtragskrediten der Fall ist, dann können wir die beiden Vorstösse vergleichen. Die Liste der Nachtragskredite wird der GPK vorgelegt, und diese kann entsprechende Fragen stellen. Was die Parteienfinanzierung anbelangt, hat die GPK nichts zu sagen.“

Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP)

Votum

„Ich lasse natürlich diese Geschichtsklitterung von Peter Möller nicht auf mir sitzen. Bei den Nachtragskrediten geht es um das Öffentlichkeitsprinzip in öffentlichen Sachen, und das gilt allgemein. Hier geht es um eine private Sache. Das Öffentlichkeitsprinzip gilt für die Öffentlichkeit, bei den privaten Sachen geht es um

Privatangelegenheiten, da gilt das Öffentlichkeitsprinzip nicht. “

SR Peter Neukomm

Votum

”Die Nachtragskredite sind publiziert und damit öffentlich, sie wurden im Rahmen der Rechnungspräsentation publiziert. Ich verstehe nicht, über was eigentlich noch diskutiert wird. “

Urs Tanner (SP)

Schlusswort

”Ich weiss nicht genau, wovor Sie Angst haben und was Sie alles miteinander vermischen. Eine Verordnung würde auch die SP treffen. Wenn ich an die schöne Kahlschlag-Initiative denke, die wir mit 56% gewonnen haben, hatten wir viel Geld, rund CHF 14'000.--, was wir immer publik gemacht haben. Vor dieser Transparenz hätten wir sicherlich keine Angst. Es ist schade, dass Sie so viel Angst haben. Mein Vorstoss erfolgte vor dem Vorstoss von Kollege Daniel Fischer. Ich glaube auch, dass mir Alfred Tappolet meine diesbezügliche Unabhängigkeit attestiert, auch an einem Fest in der Stadt und morgens um 2 Uhr. Unabhängig bin ich auch hier im Rat, und Alfred Tappolet weiss genau, dass ich wissen will, wer mit welchem Hintergrund wie und wo wie viel Geld investiert. Zugegebenermassen würde sich bei den Resultaten nichts ändern, aber es geht hier um das Prinzip der Demokratieverbesserung. Das sehen Sie leider etwas anders. Dass der Stadtrat und die Mitte keine Meinung haben, ist speziell. Aber jetzt lassen Sie uns abstimmen und ins Feierabendbier gehen, wir sind in der Kammgarn, da bin ich wieder transparent, aber es sind nicht alle eingeladen. “

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat erklärt die Motion mit 20 : 14 Stimmen nicht erheblich.

Das Geschäft ist erledigt.

SCHLUSSWORT DES RATSPRÄSIDENTEN:

”Während der Ratssitzung haben Sie eine Umfrage beantwortet, um festzustellen, wer von Ihnen ein GA, ein Halbtax oder nichts hat. Sie haben dabei sicher festgestellt, dass das Datum des Ratsausflugs geändert wurde. Wir werden voraussichtlich am Dienstag, 8. November 2011 nachmittags mit der SBB den Kanton Schaffhausen verlassen. Als der Grundeigentümer vernahm, dass vermutlich auch Pressemitglieder anwesend sind, wurde das Treffen abgesagt. Ich wollte natürlich die Presse nicht ausladen und habe deshalb das Datum auf den 8. November 2011 verschoben. Dieser Termin passt dem Grundeigentümer, und das vorgesehene Programm kann wie geplant durchgeführt werden. Details werden Ihnen zu einem späteren Zeitpunkt mitgeteilt. Wohin wir gehen, erfahren wir aber erst am 8. November 2011. Ich hoffe, dass sich der GrSR, der Stadtrat sowie die Medien dieses Datum reservieren können. “

Rücktrittsschreiben vom 23. Juni 2011 von Amila Dracic (AL):

” Hiermit möchte ich Sie bitten, meinen Rücktritt aus dem Grossen Stadtrat der Stadt Schaffhausen per 6. Juli 2011 zur Kenntnis zu nehmen.

Wie einige von Ihnen vielleicht wissen, habe ich vor rund drei Monaten mein Studium abgeschlossen. In den letzten Monaten musste ich mich intensiv mit meinen Wünschen und Zielen bezüglich meiner persönlichen und beruflichen Zukunft auseinandersetzen, was mir gewiss nicht leicht gefallen ist. Egal, wie ich die für mich in Frage kommenden Möglichkeiten gedreht und gewendet habe, es hat sich herausgestellt, dass mich mein Weg für die kommenden Jahre weg von Schaffhausen führen wird.

Obwohl mein Einzug in den Grossen Stadtrat für mich sehr überraschend kam, kann ich zum jetzigen Zeitpunkt festhalten, dass die Ausübung dieses politischen Amtes eine sehr wertvolle und lehrreiche Erfahrung war. Aufgrund meines jungen Alters will ich es mir selbstverständlich nicht anmassen, Ihnen Weisheiten für die künftigen Ratsgeschäfte mit auf den Weg geben zu wollen. Gleichwohl kann nicht oft genug in Erinnerung gerufen werden, dass das Entgegenbringen von Respekt für eine erfolgreiche Zusammenarbeit unerlässlich ist, nicht nur gegenüber politisch anders Denkenden aus dem Rat, sondern auch gegenüber der städtischen Exekutive.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, auf diesem Weg wünsche ich Ihnen alles erdenklich Gute für die Zukunft und viel Kreativität für die Weiterentwicklung unseres kleinen Paradieses. "

Gezeichnet: Amila Dracic

Laudatio des Ratspräsidenten Edgar Zehnder (SVP):

"Frau Amila Dracic erreichte am 30. November 2008 auf der Liste der AL den 4. Listenplatz. Da Jonas Schönberger als Drittplatzierter auf sein Mandat verzichtete, konnte sich ab 1. Januar 2009 als eines der drei AL-Mitglieder in den neu gewählten GrSR eintreten. Am 13. Januar 2009 wurde sie in die Fachkommission Soziales, Bildung, Betreuung, Kultur und Sport gewählt, in der sie bis heute mitwirkte. Sie fiel in ihrer kurzen Amtszeit stets als ruhige und angenehme Parlamentarierin auf. Ihr Name hat zwei unterschiedliche Bedeutungen: Die Glückliche und die Hoffende. Amila Dracic hat mir mit ihrer unbeschwerten Art in unserem Rat auch einen glücklichen Eindruck ausgestrahlt. Sie hatte von Anfang an den Platz als Klassenprimus ganz aussen rechts - mindestens aus meiner Sicht wohlverstanden - eingenommen; dies liess die Hoffnung auf eine ganz grosse Kraft aus der linken Ecke entstehen. Leider zieht es die junge Frau - wie so manche - sehr früh in die grosse Welt hinaus. Übrigens, es gibt bis heute noch keine bekannte Persönlichkeit mit dem Namen Amila. Wer weiss, was wir von dieser jungen Frau noch alles hören dürfen. Ich danke Amila Dracic für Ihren Einsatz als Jungpolitikerin in unserer Stadt und wünsche ihr auf Ihrer weiteren persönlichen Laufbahn alles Gute und Gesundheit. Ich hoffe, dass sich Amila später wieder an unsere wunderbare "kleine Region ennet dem Rhy" erinnert und den Weg zurück nach Schaffhausen findet. "

Die nächste Ratssitzung findet am Dienstag, 23. August 2011, 18 Uhr, statt.

Der **Ratspräsident** beendet die Sitzung um 20:41 Uhr.

Die Ratssekretärin:

Gabriele Behring

Schaffhausen, 23. August 2011